

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die erste Augushälfte 40.000.— M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 3000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Zeitspanne oder deren Raum 10.000.— M. für auswärtige 12.000.— M. für Verjammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8000 M., für Reklamen 40.000.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 184.

Donnerstag, 9. August 1923.

30. Jahrgang.

Cunos Eingeständnis.

SPD. Fast acht Monate führt das deutsche Volk an der Ruhr zur Bewunderung der ganzen Welt einen verzweifelten Abwehrkampf, ohne daß bis heute ein Ausweg aus diesem Ringen zu erblicken wäre. Alles hat die Regierung Cuno unterlassen, um einen Ausweg wenigstens auf absehbare Zeit vorzubereiten, und wer gehofft hat, daß sie in der Mittwochsitzung des Reichstages in ihrer Regierungserklärung irgendwelche Hoffnungen machen und den Willen zur Abwehr steigern würde, mußte bitter enttäuscht sein. Die Erklärung Cunos war nicht mehr und nicht weniger als ein

Eingeständnis seiner Mißerfolge.

um nicht zu sagen, seines Bankrotts. Dem Versuch, sich die Pose eines starken Mannes zu geben, ist er unterlegen. Er zeigte sich vielmehr als Reichskanzler, dessen Sinnen und Trachten danach gerichtet ist, sein zweifellos schweres Amt alsbald einem Nachfolger zu übergeben, der weniger hilflos ist als er. Das einzig Positive seiner außenpolitischen Formulierungen war das Zugeständnis, daß die einseitige Orientierung der Außenpolitik nach England keinen Erfolg gebracht hat und auch in absehbarer Zeit von jenseits des Kanals Hilfe nicht zu erwarten ist. Mehr hatten wir vorerst auch nicht erwartet! Die machtpolitischen Verhältnisse in Europa sprachen gegen alle Hoffnungen auf die englische Intervention, wie sie unmittelbar durch den Einfluß der Regierung in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen worden waren. Das Traurige ist nur, daß die Regierung erst jetzt dem deutschen Volke das Eingeständnis ihres außenpolitischen Mißerfolges macht, obwohl der englische Botschafter in Berlin im Auftrage seiner Regierung dem Auswärtigen Amte immer wieder zu verstehen gegeben hat, daß die in Deutschland auf Baldwins Politik gerichtete Hoffnungen zu Unrecht bestehen und es deshalb gut ist, wenn die deutsche Regierung auch nach anderen Möglichkeiten der Verständigung sucht.

Nachdem Cuno alles auf die englische Karte gesetzt hatte und nichts unternommen hat, um mit den Verhandlungspartnern zusammenzukommen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn er heute eine direkte Verständigung für falsch hält und die fortgesetzten Demütigungen Poincares zur Begründung seiner Auffassung anführt. Mit diesem Zugeständnis hat er den Beweis geliefert, daß unsere Außenpolitik vollkommen verfahren ist und das deutsche Volk die Abwehr an der Ruhr jetzt noch auf guten Glauben weiter führen muß. Gewiß ist nicht zu bestreiten, daß die Verständigungsmöglichkeiten mit Frankreich heute mehr als schwierig sind, nach dem alle Gelegenheiten dazu verpaßt worden sind und Poincares Position gerade infolge der Mißerfolge der englischen Aktionen heute stärker denn je ist. Was hat der Reichskanzler getan, um die Ende März und Anfang April gegebenen psychologischen Momente für eine Verständigung auszunutzen? Was ist seinerzeit unternommen worden, als Frankreich infolge des Streikes im Pas de Calais und im Saargebiet vollkommen ohne Kohle war, als ein Hochofen nach dem anderen ausgeblasen werden mußte und sich die Abenteurerpolitik Poincares auch auf den Franken auszuwirken schien? Damals wurde mit Rücksicht auf diejenigen Kreise, die während des Krieges Banque-Politik trieben und die schließlich den Grundstein zu den Zuständen von heute legten, trotz aller Mahnungen höchster Reichsstellen nichts unternommen! Auch wir sind Gegner der Preisgabe des kleinsten Stückes Land und Anhänger des passiven Widerstandes, genau wie Herr Cuno. Aber darüber hinaus hat die Sozialdemokratie nie die realpolitischen Möglichkeiten aus dem Auge gelassen, sondern ständig vor einer einseitigen Außenpolitik gewarnt und immer wieder gefordert, daß unsere außenpolitischen Aktionen durch innere Maßnahmen unterstützt würden. Alle Mahnungen hat Herr Cuno achlos an sich vorübergehen lassen mit der Wirkung, daß er sich heute vor den Reichstag hinstellt und die Parteien auffordert, einen Weg zur Lösung zu zeigen, — wenn sie einen wissen, sowie die Parole ausstößt, daß wir nicht mehr an Wunder glauben dürfen, sondern uns selbst von innen heraus helfen müssen.

Nicht Monate nach Beginn des Ruhrkampfes kommt den Herren in der Wilhelmstraße also plötzlich der Einfall, daß wir immer noch in der Welt allein stehen und zur Rettung der Reichseinheit wie des Volkes überhaupt selbst Hand anlegen müssen. Acht Monate nach dem Beginn des verzweifelten Ringens im Westen Deutschlands sehen sie endlich ein, daß die Sabotageakte im Ruhrgebiete sinnlos sind, daß denjenigen Elementen in Deutschland, die den Kampf im Westen zur parteipolitischen Zwecke ausnützen, Kampf gebührt, vor allen Dingen der Gedanke, durch Inflation die Finanzierung dieses Wirtschaftskrieges zu ermöglichen, aufgegeben werden muß und jetzt, nachdem wir außenpolitisch brachliegen, wenigstens der Versuch zu machen ist, durch innerpolitische Maßnahmen die Abwehrfront an der Ruhr zu stärken. Zu diesem Zweck hat der Reichskanzler eine ganze Reihe neuer Steuergesetze angekündigt. Man will vor allen Dingen zur Entlastung der Rotenpresse eine wertbeständige Anleihe aufnehmen und damit der Bevölkerung zugleich die Möglichkeit zur wertbeständigen Anlage geben, die Steuern sollen in Zukunft wertbeständig eingezogen werden und außerdem soll man, wo es sich

zu spät ist, zu durchgreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen schreiten.

Eine nähere Begründung dieser steuerpolitischen Maßnahmen gab der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, dessen Rede aber gleichfalls, wie die des Reichskanzlers, die Parteien im Reichstage enttäuschen mußte, die darauf bedacht sind, ein erträgliches Ende des Ruhrabenteuers durch Stärkung der Abwehr herbeizuführen. Die Erklärungen des Reichsfinanzministers enthalten zwar eine Fülle interessanter Einzelheiten über den Stand unserer Finanzen, aber ebenso wie sie fehlgingen in der Einlegung des auswärtigen Einflusses auf die Finanzverruftung, so ließ sie es an der Hervorhebung der beiden Hauptgeschäftspunkte des gegenwärtigen Augenblicks fehlen. Gewiß wies der Finanzminister am Schluß seiner Rede darauf hin, daß Kraftanstrengungen notwendig sind, aber er verließ diesen Forderungen nicht den zündenden Schwung, den der Augenblick erfordert. Man mußte von ihm verlangen, daß er mit der größten Deutlichkeit den bürgerlichen Parteien sagte, daß ihre Steuersehen, ihre mangelnde Bereitschaft, die Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen, uns in den gegenwärtigen Zustand zwangsläufig hineingebacht haben und daß heroische Anstrengungen notwendig sind, um den Zusammenbruch zu verhindern. Er unterließ aber nicht nur das, sondern auch den Hinweis, daß Steuermaßnahmen, Währungsmaßnahmen, eine Aenderung der Diskontpolitik der Reichsbank, Wechsel ihrer Leitung, schärfste Eingriffe auf den Devisenmarkt Maßnahmen sind, die gemeinsam durchgeführt werden müssen, und nur die Anwendung dieses Gesamtplanes uns die Möglichkeit gibt, aus dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen.

Alles in allem hat der Verlauf der Mittwochsitzung gezeigt, daß wir in Deutschland nicht die Regierung besitzen, die dem Volke als Führer gelten kann. Auch Herr Cuno scheint dieser Ueberzeugung zu sein, denn er forderte am Schluß seiner Rede in einer Art und Weise Vertrauen vom Reichstag, die darauf schließen läßt, daß er selbst nicht an eine positive Vertrauensformel, die von allen Parteien unterstützt wird, glaubt. Er will fluchtartig das sinkende Schiff verlassen. Ob ihm hierzu die Gelegenheit geboten wird, dürfte sich bald zeigen. Vielleicht erlebt unser Land jetzt die vorwärtigen Tagen abgegangene

Regierungskreise,

so daß der Reichstag, insbesondere aber die sozialdemokratische Fraktion, vor schweren Entscheidungen gestellt wird. Unsere Genossen im Lande dürfen versichert sein, daß sich die sozialdemokratische Fraktion im Eventualfall nach bestem Wissen und Gewissen so entscheiden wird, wie es dem Wohle unseres Volkes, insbesondere aber der Arbeiterklasse entspricht.

Reichstag.

378. Sitzung.

Mittwoch, den 8. August 1923, nachmittags 3 Uhr.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Cuno, die Minister v. Rosenbergs, Dejer, Hermes, Dr. Becker, Dr. Brauns, Groener, Dr. Geßler usw. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatensloge wahrnehmen zahlreiche Vertreter fremder Staaten der Sitzung bei. Präsident Voegelé eröffnet die erste Sitzung nach den Ferien um 3 1/2 Uhr. Wie zu befehlen war, haben die Finanzstellen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes einen baldigen Wiederzusammentritt des Reichstages notwendig gemacht. Verhandlungsreife Regierungsvorlagen liegen jetzt vor. Das Parlament muß rasche Arbeit leisten, wenn die erhoffte Besserung noch kommen soll. Der Präsident gedenkt dann, während die Abgeordneten sich erheben, des Ablebens des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Demnach möchte er den Wunsch: Möge Amerika sich überzeugen, wofür große Verdienste es sich um die Menschheit erwerben kann, wenn diese große und einflussreiche Republik der Erde ihre Wirtschaft zur Gesundung und Befreiung der Welt leisten würde. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Ruhrrosters, des Steuererhöhungsgesetzes, der Aenderung der Verbrauchssteuererhöhung und der Vorauszahlung auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer. Das Wort erhält

Reichskanzler Dr. Cuno,

der, aber zunächst von den Kommunisten durch lebhafte und laute Zurufe, Verdächter, Schwindele, Aufrührer von Stinnes, Kaus!, Hütten usw. am Sprechen verhindert wird. Des Hauses beunruhigende eine große Unruhe auf allen Seiten. (Beifall.) (M.D.) erhält zwei Ordnungsrufe. Mit Mühe gelingt es dem Präsidenten, die Unruhe herabzusetzen, indem er droht, bei weiterer geordneter Verlesung der Ordnung des Hauses die sitzenden Abgeordneten auszuschließen. Nachdem die Unruhe hergestellt ist, beginnt Reichskanzler Dr. Cuno:

Heute und Ruhr beherrschten auch im sechsten Monat des Einmarsches ins Ruhrgebiet die Lage. Sie kennen alle die Fülle von Bergemahlungen und Bedrohungen, Grausamkeiten und Verurteilungen, die die Deutschen dort ausgeübt sind. In den letzten Monaten, vom Januar bis Juli, konnte der französisch-belgische Raub an Kohle und Zink, Kupfer und Blei weniger als ein

Fünftel dessen, was freie deutsche Arbeit geliefert hätte. Betrag die Kohlenabfuhr im Juli noch 5365 To. Kohle und 7023 To. Zink, so sank sie im Juli auf 4365 To. Kohle und 3500 To. Zink, also um ein Fünftel bei der Kohle, um die Hälfte beim Zink. Unter dem Kampf im Ruhrgebiet leidet das ganze Gefüge der Weltwirtschaft, an tiefsten und schmerzhaftesten aber das deutsche Volk. Die Bemühungen zur Lösung der Krise haben in Rom Antriebe und weite Förderung erfahren; die Führung liegt jedoch in englischen Händen. Die Grundlagen, auf denen sich die England vorstehende Lösung aufbaut, sind für Deutschland wahrhaftig nicht erfreulich. In dem Bestreben, das gute Einvernehmen mit den Völkern Englands von gestern aufrechtzuerhalten, ist England in seinen Zugeständnissen an den französischen Standpunkt außerordentlich weit gegangen. Ob und welchen Fortgang die englische Aktion nehmen wird, vermag ich nicht zu sagen, in einem Augenblick, wo neue englische Veröffentlichungen bevorstehen und Meldungen über einen angeblich geplanten neuen englischen Schritt umlaufen. Zeit steht eins, daß für große Hoffnungen kein Anlaß vorliegt. (Sehr richtig! in der Mitte.) Nach heute noch müssen wir uns auf eine lange Dauer der Leidenszeit gefaßt machen und einrichten. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern müssen an uns selbst glauben. (Sehr wahr! in der Mitte) und wir müssen diesen Glauben nicht durch fatalistische Ergebung, sondern in entschlossenem Handeln betätigen. In diesem Sinne kann auch ich mir die Forderung nach Allseitigkeit aus vollster Ueberzeugung zu eigen machen. Man spricht von Verhandlungen mit Frankreich. Ich halte den Gedanken für falsch. Die vier Jahre nach Friedensschluß stellen eine ununterbrochene Kette von Verhandlungsversuchen mit Frankreich dar. In den letzten Wochen zwischen dem Eintritt der jetzigen Regierung und dem Einbruch ins Ruhrgebiet erfolgten vier Versuche, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen. Was wir nicht können und wollen, ist, deutsches Land preiszugeben und deutsche Volksgenossen zu verraten. (Lebhafter Beifall.) Die französische Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes kann die Reichsregierung niemals annehmen. (Lebhafter Beifall.) Selbst bei Annahme der französischen Forderungen würden wir die deutsche Bevölkerung weder vor der internatzen Ausbeutung durch Särgen des französischen Großkapitals bewahren, noch die Rückkehr der Vertriebenen und die Freigabe der Verhafteten sicher stellen. Wir würden weder die Räumung des Ruhrgebietes in einer annähernd absehbaren Zeit noch die Rückkehr zu vertragsmäßigen Zuständen im Rheinland erreichen. Mit der völligen und bedingungslosen Unterwerfung würden wir lediglich erkaufen, daß uns wiederum ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt wird, das uns unmögliche und von der gekamten Welt als unzulässig erkannte Leistungen auferlegt. Frankreich braucht eine neue Unterschrift, die Deutschland als neuen Alok am Bein durch die Festschneide mit sich schleppen i. M. Geben wir uns keinen Illusionen hin, daß eine Unterwerfung unter den unarmherzigen Starren der französischen Regierung mit einem Dokument bezeugt werden würde, das mit peinlichster Gewissenhaftigkeit und ausgefülltem Bewußtsein alles zusammenträgt und nachfolgt, was nach französischer Auffassung der Vertrag von Versailles verurteilt hat. (Sehr wahr!) einem Dokument, das schlimmer sein würde, als jener Vertrag, der wie ein Klau auf den Rücken Europas lastet. (Sehr wahr! in der Mitte und rechts.) Da für das deutsche Volk die gewünschte, aber von Paris abgelehnte Verständigung mit Frankreich ausgeschlossen ist, so heißt es für uns mit allen Mitteln eigener Entschlossenheit uns am Leben zu erhalten und dafür jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen. (Stürmischer Beifall.) Unterbrechungen auf der äußersten Linken. Wir stehen allein und müssen und werden uns helfen. (Beifall.) Darum gilt es, den gewalttätigen, passiven Widerstand, frei von sinnlosen Gewalttaten und frei von verbrecherischen Unthätigkeiten, die Gewalttat und Terror auch gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes selbst zur Folge haben (Erneute Unterbrechungen bei den Komm.) mit aller Kraft fortzusetzen und die Bevölkerung, die ihn aus eigenem Entschluß leistet, im nicht besetzten Gebiet mit höchster Aktivität zu führen. (Lebhafter Zustimmung.) Das gilt vor allem auf finanzpolitischen Gebieten. Der Zerfall der deutschen Währung ist das Schlimmste, was uns betroffen hat. Wir haben ihn nach Kräften und Mitteln aufzuhalten versucht. Der Zerfall hat in den letzten Tagen einen Umfang angenommen, der tiefste Sorge und Verbitterung weckt. Wir stehen vor der Gefahr, von Inlandszufuhr, wie durch eine Valutablockade abgeschnitten zu werden. Die Regierung ist entschlossen, alles zu tun, um diesem Zerfall Einhalt zu tun.

Gegenüber den Vorgängen an der Börse, was dagegen geschehen kann, kann ich nur sagen: Rückfragen auf irgend einen Stand, auch große Wirtschaftskrisen können nicht im geringsten. Aber freilich, auf dem Boden der Wirtschaftlichkeit des Wirtschaftslebens, auf dem Boden der wirtschaftlichen Denkfähigkeit und in den Grenzen des für die Staatsmacht Durchsetzbaren muß ich bleiben. Innerhalb dieser Grenzen kann ich aber nur ein Gebot, das Wohl des gesamten Volkes, und nur einen Prüßwein, die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit für dieses Gesamtwohl. Solange weite Schichten unseres Volkes von der Sucht nach dem Dollar beherrscht sind, ist grundsätzliche Besserung nicht zu erwarten. Der Deutschen Inflation muß aber zurückgeführt, handelt vaterlandsverräterisch und trägt die schwere Schuld der Mitverantwortung. (Lebhafter Zustimmung.) Ungezügelter Heilung unserer Finanzen und Währung ist freilich überhaupt erst möglich, wenn unsere außenpolitische Lage geklärt und die Reparationsfrage in erträglicher Stärke geregelt ist. (Sehr wahr!) Das Programm, um den Inflation und dem Zerfall der Mark Einhalt zu tun, steht drei Maßnahmen vor: Die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, neue wertbeständige Steuergesetze, Maßnahmen zur Förderung anderer Wirtschaft. Diese Anleihe soll zur Entlastung der Rotenpresse und Mittel herbeiführen, sie soll ferner der Wirtschaft und dem gesamten Volk eine wertbeständige Anlagemöglichkeit schaffen. Durch die Begebung der Anleihe in kleinen Beträgen soll dem Handel ein wertbeständiges Zahlungsmittel eröffnet werden. Mit der Anleihe wird die Einführung neuer Zahlungsmittel

Hand in Hand gehen. Unsere Steuergesetze bedürfen einer tiefgreifenden grundsätzlichen Reform. Zwar müssen wir rasch ein Reformprogramm durchführen, um Steuereinnahmen rasch und zuverlässig dem Reich zuzuführen. Selbst brutal wirkende Steuern müssen auf Zeit in Kauf genommen werden, bis eine grundsätzliche Reform unseres Steuerwesens durchgeführt ist. Steuer- und Kapitalmarkt müssen eingedämmt werden und wieder eine gesunde Steuermoral Platz greifen. Eine grundsätzliche Reform des Finanzverhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist vorzubereiten. Anleihe- und Steuergesetze sollen dem Währungsverfall entgegenwirken und lassen unserer Wirtschaft wieder eine gesunde, gesunde Grundlage geben. Darum sind auch die Steuerhöhen, so schwer sie sein werden, im großen Zusammenhang gesehen, kein Opfer für die Wirtschaft, sondern sie sind notwendig auch um dieser willen. Währungsstabilität steht die Reichsbank vor großen Aufgaben. Die Einführung der Goldmark und des wertbeständigen Kredits, hatte ich schon für Pflicht der Reichsbank wie der Reichsregierung. Die Devisenwangsregelung muß abgebaut werden. Die Einfuhr muß auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden. Der Ausfuhr muß jede nur mögliche Unterstützung gewährt werden; um die Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten und uns Devisen zuzuführen. Soweit wir an Weltmarktpreisen angeknüpft sind, haben die Außenhandelsstellen ihre eigentliche Bedeutung verloren. Die Ernährungsfrage erfüllt nicht nur die Einwohner der großen Städte, sondern auch die Provinzen bis in die kleinsten Orte hinein mit großer Sorge. Nicht ist die Einfuhr der notwendigen Getreide auf längere gestreckt. Die Ernährung ist auch Geldfrage. Darum ist die Reichsregierung trotz enger Bedenken dazu übergegangen, Löhne und Gehälter innerhalb ihres Bereichs in starkem Umfang der Teuerung anzupassen. Vor einem Monat erklärte die Regierung, daß sie auch für die Arbeiter in Privatbetrieben eine schnellere und bessere Anpassung der Löhne an die Teuerung für erforderlich hält. Auch für die Folge ist es dringend notwendig, und ich rufe dazu die Arbeitgeber aller Berufe auf, daß der Entwertung des Geldes rasch und wirksam in den Löhnen und Gehältern Ausgleich geboten wird. Die Regierung ist auf dem Posten und wird gegen Angriffe von welcher Seite sie kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen und zeigen, daß die Deutsche Republik hart genug ist, sich zu schützen. (Andererunde Zwischenruf der äußersten Linken.) So sehr ich die Ansetzung des Bürgerkrieges ist, so schärflich ist auch das Gerücht vom Bürgerkrieg. (Sehr wahr in der Mitte.) Zu Verfassungzeit und Verfassungsreformen ist jetzt keine Zeit, weder nach der einen noch nach der anderen Seite. Die Einheit der Nation zu erhalten ist unsere erste Aufgabe. Darum dienen wir der Republik. Und wir können es freudig und stolz tun. Denn ein Staat und ein Volk, die den Kampf um die Freiheit zu führen, wie das deutsche Volk, seit nunmehr sieben Monaten, sind trotz aller Schmarotzer und Schädlinge der Ehre würdig im Innern und Ausland.

Als im Herbst 1918 der Krieg verloren gegangen wurde, ging Glaube und Hoffnung vieler auf einen Verständigungsfrieden. Die Hoffnungen wurden enttäuscht. Heute leidet wir keine Möglichkeit eines Verständigungsfriedens. Wir leben nur die Herberdung nach der Kapitulation. So geht der Kampf weiter. Er fordert ein hartes Volk und eine starke Regierung. Darum ist es Pflicht des Reichstages, dem Volke die härteste Regierung zu geben, die möglich ist, und sie mit der ganzen Autorität des Parlamentes zu befehlen und zu stärken. (Lachen und förmliche Zurufe auf der äußersten Linken.) Mehr als acht Monate ist es her, daß ich das Amt des Reichskanzlers übernommen habe, nicht aus Ehrgeiz, sondern nur, um mit meiner Politik dem Vaterlande zu dienen. (Lachen, Beifall bei den bürgerl. Parteien, Lärm auf der äußersten Linken.) Ich werde ihn bis zum letzten Tag meiner Kraft dienen, wenn die Vertreter des Volkes mir ihr Vertrauen geben, aber nicht einen Tag länger. (Erneuter Beifall.) So muß Klarheit zwischen uns geschaffen werden, wie es mit diesem Vertrauen steht. Deshalb bitte ich Sie, über die Regierungsvorlage mit aller Offenheit Ihre Meinung zu sagen, damit wir leben können, ob wir in gemeinsamer Arbeit das Volk retten können oder nicht. (Stürmischer Beifall und Händelklatschen im Hause und auf den Tribünen; Lärm bei den Kommunisten, der eine ganze Zeit anhält, bis endlich der Präsident dem Finanzminister Hermes das Wort erteilen kann. Auch dieser wird von den Linken mit Zurufen begrüßt; Bankrottminister, Sie haben geschwiegen. Der Dollar 8 Millionen.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

zählt zunächst die verschiedenen neuen Gesetzentwürfe auf, die dem Reichstage vorgelegt sind und fährt dann fort: Außerdem sind entscheidende Maßregeln auf dem Gebiet des Leiwesens bei den Reichsbahnen und der Reichspost in Vorbereitung. Auf neuereitem Gebiet wird weiter ein Entwurf zur Änderung des Vermögens- und des Erbschaftsteuergesetzes herbeiführen werden. Auf dem Gebiet der Einkommensteuer sind die Arbeiten zur Umgestaltung an die veränderten Verhältnisse im vollen Gange. Die Finanzen sind ungeschützt in einem außerordentlichem Zustand wie nach nie seit Beendigung des Krieges. (Gelächter und Zurufe bei den Kommunisten: Das haben Sie auch schon gemerkt.)

Die Gesamtausgaben des Reiches betragen im März 3,8 Millionen, im April 2,8, im Mai 2,9, im Juni 14,5, im Juli 37 Millionen. Hieron waren durch Einnahmen gedeckt im März 21 Prozent, im April 35, im Mai rund 33 und im Juni 19 Prozent. Nach Ausschneiden der Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen und der Kosten der Aufnahmehilfe und der Durchführung des Friedensvertrages waren gedeckt im März 38, im April 39, im Mai 199 und im Juni 42 Prozent der Ausgaben. Die schwebende Schuld des Reiches hat sich unter dem Zwang dieser Verhältnisse seit dem 11. Januar von 1,6 Billionen bis zum 4. August auf 60,6 Billionen vermehrt. Die letzte ungeschuldeten Einzahlung hat die Reichsbank nicht im Innlande, sondern im Ausland. Die deutsche Gesundheit, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft sind noch nie in einem so ungeschützten Maße vorgenommen worden wie seit dem letzten halben Jahre im Westen des Reiches. Das Reich hat bisher alles versucht, um seinen Verpflichtungen nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit nachzukommen. Diese Verbindlichkeiten waren von finanziellen Aufwendungen begleitet, die ihre Wirkungen auf das Wirtschaftsleben und die Lebenshaltung des Einzelnen nicht verhehlen. Wenn allen Bemühungen dennoch der Erfolg verweigert blieb, so lag dies einerseits daran, daß das Maß der Leistungen, die von uns verlangt werden, in ihrem Verhältnis zu unserer Leistungsfähigkeit steht und daß andererseits unsere Leistungsfähigkeit von Tag zu Tag vermindert wird. Bei der Aufnahmehilfe müßten im wesentlichen diejenigen Eisenstränge unterbunden werden, auf welchen die Last des Kampfes in erster Linie ruht. Bei den Krediten für die Industrie wurde darauf Bedacht genommen, daß durch Papiermarktkredite bei einer weitesten Entwertung der Mark der Beteiligten nicht ein unangerechtigter Vorteil zu Lasten des Reiches erwachsen konnte. Um die unerschöpfliche schnellere Anpassung der Einnahmen an die Gehaltenerhöhung zu erreichen sollten die Tarife der Eisenbahn und Post auf veränderlicher Grundlage aufgebaut werden; für die Tarife werden feste Grundzahlen bestimmt und diese mit einer der jeweiligen Wirtschaftslage entsprechenden Schwelldzahl veränderlich werden. Die neuen Maßnahmen sollen bei der Reichshilfe mit dem 1. September, bei der Reichspost mit dem 15. September eingeführt werden. Für die Ausführung des Friedensvertrages und während der Dauer der Aufnahmehilfe bis zum 20. Juli ist 6 Milliarden Mark im Reichsausgleich angeordnet worden, darunter für Reparationszahlungen 227 Milliarden, für Sicherung von Kohlen, Reis und Nebenprodukten hauptsächlich 27 Milliarden, für Viehhilfen 164 Milliarden, Wiederanbauhilfen 227 Milliarden, Abfertigung von Schiffen 20 Milliarden, englische Sanitionsschiffe 100 Milliarden, Seemannshilfen und internationale Kommissionen 24 Milliarden. Zu der Bewahrung der schwebenden Schuld zwischen dem 11. Januar und dem 21. Juli hat alle die Zustimmung des Reichstages rasch und sicher beigetragen.

Der Minister bespricht dann im einzelnen die neuen, bereits ausführlich angekündigten Steuervorlagen. Außerdem kündigt er für die Herbsttagung das neue Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuergesetz an. Zur gleichen Zeit sollen die grundsätzlichen Fragen der Einführung der Goldmark, der Goldbilanz und des Goldtarifs eingehend geprüft und erörtert werden. Dabei handelt es sich nicht, so betont der Minister, um eine Wende unserer Währung, sondern nur darum, die Arbeit an der Wiederherstellung der Goldbasis für unsere Währung nach besten Kräften zu vermindern. Die Einführung einer Festmark hat damit nichts zu tun. Die Festmark kann lediglich einen neuen Maßstab für den Wertinhalt der Geldschulden schaffen. Des näheren erläutert der Minister die neuen Belastungen des Reiches aus dem Finanzausgleichsgesetz gegenüber den Ländern und Gemeinden. Aufgabe des neuen Finanzausgleichs werde es sein müssen, den Ländern und Gemeinden ein größeres Selbstbestimmungsrecht auf dem Gebiete der Einnahmen zuzubilligen. Umfassend muß dafür gesorgt werden, daß die Bereicherung von Kreditnehmern, welche bisher in erheblichem Maße mit der Aufnahme von Papiermarktkrediten verbunden war, ihr Ende finden. Geschäftswelt und Publikum werden immer stärker wertbeständige Anleihen brauchen. Diesem Bedürfnis sollen die neuen Schatzanweisungen entsprechen. An der Möglichkeit einer inneren Geldumstellung brühen wir nicht zu verzweifeln. Allerdings wird ein großes Maß von Entschlußkraft der Reichsregierung und des Reichstages dazu gehören, um zum Ziele zu gelangen. (Beifall.) Ein Antrag Koenen (Komm.), sofort in die Debatte über die Reichsanleiherede einzutreten, wird entsprechend eines Beschlusses des Reichstages abgelehnt und die Debatte auf Donnerstag vertagt. Schluß 5,30 Uhr. Donnerstag 2 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung.

Neue achtstägige Verkehrsperre.

U. Mannheim, 8. August.

Die Mannheim- Ludwigshafener Rheinbrücke wird von den Franzosen von heute ab acht Tage gesperrt werden. Dem Vernehmen nach wird von heute ab die Absperrung des besetzten Gebietes auf acht Tage wieder durchgeführt werden.

Die neue Verkehrsperre.

U. Köln, 8. August.

Der Regierungspräsident in Köln teilt mit, in der Nacht vom 8. zum 9. August tritt die Verkehrsperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet von neuem ein. Ueber die Dauer können Angaben noch nicht gemacht werden. Für die britische Zone werden wie früher Sondergeleitsscheine zur Aus- und Einreise von dem Verkehrsamt in Köln in dringenden Familienfällen und zur Lebensmittelbeschaffung ausgestellt.

*

Frankfurt a. Main, 8. August.

Wie der „Telegraphen-Union“ auf ihre Anfrage von zuständigen Stellen im besetzten Gebiete mitgeteilt wird, hat die französische Besatzungsbehörde infolge der Attentate in Düsseldorf, Essen und Dortmund mit Wirkung ab heute, Mittwoch, 12 Uhr nachts, die Sperrung für jeglichen Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet für die Dauer von acht Tagen verfügt.

Königl. bayr. Post und Bahnen.

München, 8. August (Eig. Drahtber.)

Der bayerische Christliche Bauernverein, das Machtinstrument des Herrn Dr. Heim und zugleich das Rückgrat der bayerischen Volkspartei, fordert in einer außerordentlich scharf gehaltenen Entschließung seiner Vorstandsschicht eine weitgehende Wiedereinsetzung der Verwaltungshoheit der bayerischen Eisenbahn. Das bedeutet offenbar einen Rippenstoß für die bayerische Regierung, auf Grund des bekannten Landtagsbeschlusses die Verhandlungen mit dem Reich sofort einzuleiten. „Die Notwendigkeit dieser Forderung unbestreitbar“, so heißt es in dieser Entschließung, „den ärmsten wirtschaftlichen Nachteilen, die durch die rücksichtslose Unterwerfung der Verwaltung und der Tarife durch das Reichsverkehrsministerium der bayerischen Landwirtschaft erwachsen sind.“ Da die Verwirklichung der Post ebenfalls ein ungläubigste Verstoß gegen die Notwendigkeiten gerade für die bayerische Provinz gebildet habe, so verlangt der Bauernverein gleichzeitig auch die Wiedereinsetzung der vollständigen Verwaltungshoheit der bayerischen Post.

Wertbeständiger Lohn im Bergbau.

Nach umfangreichen Verhandlungen wurde am Mittwoch nachmittags zwischen den Arbeiter- und Arbeitnehmerverbänden der Stein- und Braunkohleindustrie eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Kaufkraft der Vergarbeiterlöhne sichern soll. Für den Kalibergbau, sowie für den Eisenerz- und Metallerzbergbau wird eine Regelung auf gleicher Grundlage erfolgen, wozu die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau zugezogen haben, daß sie sich für gleiche Vereinbarungen in den übrigen Bergbauarten einlegen werden. Die Verhandlungen über ein solches Abkommen mit dem Kalibergbau findet am Donnerstag im Zusammenhang mit den Lohnverhandlungen statt; im Eisenerzbergbau wird am Freitag in Gießen verhandelt werden, während die Verhandlungen über den Metallerzbergbau am Montag stattfinden sollen. Die Lohnverhandlungen am Donnerstag werden bereits auf Grundlage der getroffenen Vereinbarung erfolgen. Die Vereinbarung selbst hat folgenden Wortlaut:

Unter der Voraussetzung, daß die Werke durch entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise einen vollen Ausgleich für die zu übernehmenden Lasten erhalten, wird zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Stein- und Braunkohleindustrie folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1. Zwischen den Organisationsstellen wird allmonatlich ein Normal-Tariflohn vereinbart unter Berücksichtigung der in den Kriegen herrschenden Teuerung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter.

§ 2. Wenn voranzugehen ist, daß im Laufe des Monats eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eintritt, soll der Normaltariflohn um einen zwischen den Tarifparteien zu vereinbarenden Prozentsatz erhöht werden, der die Wertbeständigkeit des verdienten Lohnes bis zum Anzahlungstage möglichst gewährleistet.

Solange die Geldentwertung im gegenwärtigen Ausmaß fortwähret — zunächst für den Monat August — wird dieser Zuschlag zwischen den Tarifparteien wöchentlich vereinbart.

§ 3. Der gegebenenfalls um diesen Zuschlag erhöhte Normal-Tariflohn ändert sich von Woche zu Woche entsprechend der prozentualen Veränderung der Reichsindexziffer gegenüber dem Stande bei der Festsetzung des Normal-Tariflohns. Die Festsetzung der Veränderungsziffer erfolgt allmonatlich Mittwoch nachmittag durch eine paritätische Kommission in Berlin.

§ 4. Die wöchentliche Reichsindexziffer wird getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet festgesetzt und der Berechnung des Zuschlages gemäß § 3 für beide Gebiete zugrunde gelegt. Für das besetzte Gebiet soll jedoch keine niedrigere Indexziffer zugrunde gelegt werden als für das unbesetzte Gebiet.

§ 5. Allwöchentlich wird baldmöglichst nach Abschluß der Lohnwoche — von Montag vormittag 6 Uhr bis Montag vormittag 6 Uhr — ein möglichst großer Teil des Verdienstes dieser Lohnwoche zur Auszahlung gebracht. Die Vereinbarung über die Einzelheiten dieser Zahlung und der Restlohnzahlung erfolgt in den Revieren.

§ 6. Diese Vereinbarung gilt bis auf weiteres. Sie kann erstmalig am 31. 8. 23 mit einwöchiger Frist, von da ab 14-tägig gekündigt werden.

Protokollarische Festlegungen:

Zu § 4. Die Parteien sind sich darüber einig, daß außerordentliche Teuerungsvorgänge im Reich und in den am Rande des besetzten Gebietes liegenden Revieren auch im Laufe eines Monats durch Vereinbarungen der Parteien Berücksichtigung finden können.

Zu § 5. Die Parteien sind sich darüber einig, daß „baldmöglichst“ spätestens am 3. Werktag der folgenden Woche. Eine Ausnahme bilden die besetzten Gebiete, für die in dieser Beziehung eine besondere Vereinbarung getroffen worden ist.

Der Bürgerkrieg.

Thalheimer als Generalstabschef.

Radel sagt, die Kommunisten dürften jetzt um keinen Preis eine Entscheidungsjacht wagen. Zum mindesten müßten sie erst eine Million Mitglieder um ihre Fahnen führen. Und da sie bis dahin noch sehr lange zu agieren und organisieren hätten, hätten sie nach Radel's Zeugnis bisher nur sehr kümperhaft agitiert haben, so kommt Thalheimer nunmehr in der „Roten Fahne“ mit einer neuen Sache. Er untersucht in einem sehr gelehrte erscheinenden Artikel die Frage: „Welche nächsten Ziele muß sich die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg stellen?“ Und kommt zu diesem salomonischen Entscheid: „Die Ziele der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg ergeben sich einfach aus den Notwendigkeiten einer erfolgreichen Verteidigung, aus der tatsächlichen Lage und der vorhandenen Einsicht der Arbeiterklasse in diese Lage.“

Diese Orakelmehheit könnte ebenjogut in dem Feldbrennreglement des alten preußischen Heeres stehen. Man „nimmt an“, daß der Feind da ist, daß er geschlagen wird und das weitere wird sich dann „aus der tatsächlichen Lage“ ergeben! So rechnet auch Generalstabschef Thalheimer ohne weiteres mit dem Sieg der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg und will nach diesem „Sieg“ die notwendigen Maßnahmen treffen: 1. die Verwandlung der zufälligen Bewaffnung und Gliederung der Arbeiterklasse in eine durchgängige und systematische. 2. Bildung einer Roten Garde als aktive Truppe, einer Roten Miliz als Reserve (in der selbstverständlich die KPD die Führung hat). 3. Erfassung der Sachwerte mindestens über die Hälfte (!!) und Produktionskontrolle; unmittelbare Versorgung der proletarischen Schichten mit Lebensmitteln aus den Vorräten der Großbourgeoisie usw. usw.

Wenn es schon bei den Kommunisten noch Arbeiter gibt, die an dem Kriegstreiben der Ludendorff und Genossen nicht genug bekommen haben und deshalb absolut einen neuen Krieg vorbereiten müßten, so werden sie doch wahrscheinlich einsehen, daß Herr Thalheimer nicht der rechte Generalstabschef ist. Da ist sogar Radel ehrlicher, trotzdem auch er die Mitgliederzahl der Kommunisten sicher übertriebt, wenn er annimmt, daß sie augenblicklich ungefähr 300 000 Mann betrage. Radel will wenigstens diese Zahl mehr als verdoppelt haben, bevor er eine Entscheidungsjacht wagen will. Und bis die Million erreicht ist, könnte Radel ja wieder neue Vorschläge erfinden. Thalheimer aber stellt sich so naiv, als wenn er glaube, die KPD könne mit ihrem heutigen Mitgliederbestande bereits den „Sieg“ im Bürgerkrieg erringen. In Wirklichkeit liefert er nur den Faschisten Munition. Sie werden nicht verfehlen, diesen Generalstabsplan für ihre Propaganda auszunutzen.

Sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte aber sehen daraus, zu welchem Widerfinn die militärische Spielerei der Kommunisten führt, und sie werden diesem Spiel mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Das Sinken des Franken.

Paris, 8. August.

Dem Brüsseler Berichterstatter des „Petit Parisien“ zufolge beschäftigen sich die belgischen Blätter gegenwärtig mit den Finanzmanövern, die gegen den französischen und belgischen Franken seit einiger Zeit unternommen werden. Sie verwahren sich zumal gegen verschiedene Behauptungen, die eine englische Finanzzeitschrift aufstellte, wonach das Sinken des belgischen Franken auf die Inflation zurückzuführen wäre. Es werde ausdrücklich festgestellt, daß von Belgien keine Ausgabe von Banknoten erfolgt sei. Der Betrag der in Umlauf befindlichen Banknoten betrug im Juli 1922: 6 327 000 000 und hat sich seitdem nur um 561 000 000 vermehrt. Sodas die Gesamtsumme rund 6 888 000 000 ausmache. Dieser Zuwachs fänge keine natürliche Erklärung in der erheblichen Lebensmittelerhöhung. Man mache sich in Brüssel kein Hehl daraus, daß die gegen den belgischen Franken gerichteten Finanzmanöver politische Maßnahmen wären. Der belgische Ministerpräsident Theunis trage sich dem Berichterstatter des „Petit Parisien“ zufolge mit dem Gedanken, gegen diese Unternehmungen vorzugehen und habe beschlossen, den Antaus auswärtiger Devisen künftig einer Kontrolle zu unterziehen.

Ein neuer spanischer Marokko-Konflikt.

Madrid, 8. August.

Das spanische Kabinett beriet gestern über den Vorschlag des Oberkommandierenden in Marokko, energische Operationen gegen die Alhucemas-Insel (an der Küste von Ce Ra) einzuleiten. Diese Operationen heißen weitere 20 000 Mann und einen Kredit von 1 650 000 englischen Pfund. Das Kabinett lehnte den Vorschlag des Oberkommandierenden wegen der mit der Operation verbundenen Schwierigkeiten ab.

SPD. Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurde am Mittwoch grundsätzlich beschlossen, für die sozialen Unterhaltungen ein Schlußverfahren einzuführen, das diese Bezüge der fortschreitenden Geldentwertung automatisch anpassen soll.

Ein Jahr Faschismus.

O. L. Rom, Anfang August 1928.

Der „Hohe Rat des Faschismus“ hat einen Aufruf an die Faschisten Italiens erlassen, der vom ersten Jahr der faschistischen Ära datiert ist. Der „Hohe Rat“ ist eine aus den Wärtenträgern und Vertrauensmännern der faschistischen Partei gebildete Versammlung, die unter dem Vorsitz des „Heerführers“ und gleichzeitigen Ministerpräsidenten periodisch Tagungen abhält, um Beschlüsse über die Politik des Landes und über die der Partei zu fassen. Die Bildung der Miliz und ihre Umgestaltung, die Grundzüge des neuen Wahlgesetzes, der Entwurf zur Umgestaltung der Verfassung sind zuerst von dieser Körperschaft entworfen worden, die sich selbst in ihrem heutigen Aufruf bezeichnet als das „in feinstem Sinne eigenartigste Organ, das aus der faschistischen Revolution hervorgegangen ist.“ Der Aufruf entfällt in zwei Teile. Der erste besteht in einer Verherrlichung des Erreichten, der zweite, der uns hier interessiert, weist die Wege für das, was noch zu tun bleibt. In ihm lesen wir:

„Die heutige Dynamik der Opposition darf die Kampfbereitschaft der Faschisten nicht abschwächen. Die Massen, die gefallen sind, erfüllen uns die Frage anderer Feinde, die sich heute endlich als solche zeigen.“

Der finstere und feige (imbell) sizilianische Priester und die von ihm geführte Partei sind als Feinde der Regierung und des Faschismus zu betrachten. Dasselbe gilt von einheitlichen Sozialisten, der sich um die alten schädlichen Hampelmänner des Reformismus gruppiert. Einige Gruppen der Demokratie und des Liberalismus leisten noch nicht von ihrer formalistischen und voreingenommenen Opposition ab. Das alles ruft uns dazu auf, nicht abzurufen, sondern unermüdet zu wachen.

Faschisten ganz Italiens! Nach neun Monaten schwerer und mühevoller Arbeit kann die faschistische Regierung mit Stolz behaupten, daß sie ihrem Programm treu geblieben ist. Der bürgerliche Kleinrieb ist beendet, die Nation arbeitet und kämpft sich, das Ausland hat keine Illusionen und keine Zweifel mehr über die Dauerhaftigkeit der faschistischen Regierung. Die Nation marschiert entschlossen ihrer höheren Zukunft entgegen. Die Welt blüht voll Erstaunen auf uns und wird es endlich gewahr, daß in Italien eine neue Geschichtsperiode angefangen hat und daß die vierte Wiedergeburt unseres unsterblichen Stammes endlich zur Tatsache geworden ist.

Faschisten! Der Faschismus muß sein Ziel erreichen. Um jeden Preis. Laßt aus dem unermüdeten Chor eurer Legionen diesen Schwur hervorgehen. Der Führer, der uns seit 1919 geführt hat, steht heute sicher und unbezweifelbar auf seiner Kommandobrücke; weder die heimtückische Windstille noch der entsetzliche Sturm können ihn in der Erfüllung seiner schweren Pflicht stören. Ihm haben wir gehorcht, ihm gehorchen wir, ihm werden wir ewig gehorchen, im Leben wie im Tode, denn eine einzige Leidenschaft beherrscht ihn, die auch unsere Leidenschaft ist: die Größe des Vaterlandes.

Es lebe, lebe für immer der Faschismus!

Der Hohe Rat des Faschismus.

Rom, Palazzo Venezia, im ersten Jahr der faschistischen Ära.

Da es heute in Italien der Presse „nicht zusteht“, an einem Regierungswort zu deuteln und es anders als durch Regierungsworte zu kommentieren, so ist man auf frühere Äußerungen faschistischer Autoritäten angewiesen, um zu begreifen, was diese offizielle Ausrufung zu „Feinden des Faschismus“ denn eigentlich bedeuten kann. Und da wird man gut tun, sich an ein Telegramm Mussolinis zu erinnern, das im Frühjahr 1923 an die Faschisten Tosanas gerichtet wurde, bei Gelegenheit politischer Totschläger unter Faschisten, und in dem zu lesen stand:

„Sagt es laut den Faschisten von Toskana, daß das glühende Blei für die Feinde des Vaterlandes und des Faschismus aufzuspüren ist.“

Hat man den Aufruf des Hohen Rates also dahin aufzufassen, daß er in der Liste der „Feinde“ eine Liste der „Opfer“ aufstellt? Einen Zweck muß die den politischen Gebräuchen des Landes bisher völlig fremde Abstempelung gewisser Gruppen als „Feinde des Faschismus“ doch wohl haben; wie wäre es sonst einzusehen, daß das höchste Organ einer Partei ihr eine so feierliche Form verleiht? Die neuen Normen über die Pressefreiheit, die freilich zur Stunde noch nicht dekretiert sind, verbieten es, zum Begehren von Verbrechen oder zum Haß gegen Personen aufzureizen, doch nur, soweit dies durch „Artikel, Kommentare, Anmerkungen, Titel, Illustrationen oder Karikaturen“ geschieht, also nicht, wenn die Aufreizung in der Form einer offiziellen Rundgebung einer Parteiinstitution erfolgt, die durch ihre Mitglieder und ihre Zwecke sich teilweise mit dem Ministerrat deckt. Es scheint sich hier um eine Variation des mittelalterlichen Kirchendammes zu handeln, über deren praktische Tragweite es zweifellos ist, sich Vermutungen hinzugeben.

Interessant ist die Auswahl der betroffenen Personen. Zunächst Don Sturzo und die von ihm geführte Christliche Volkspartei, denen man es beargwöhnt, sich in Sachen der Wahlkreise bei der Abstimmung enthalten zu haben. Weiter haben die Christen bei dem Votum, bei dem es sich darum handelte, das prozentuale Stimmenminimum festzusetzen, das der obliegenden Partei die Rechte der Mehrheitspartei und damit 46 Prozent aller Mandate einräumt, gegen das Ministerium gestimmt, um wenigstens 23 Prozent der Abstimmenden zu fordern, hat der 25 Prozent, die das Ministerium, freilich nur mit 20 Stimmen Mehrheit, wirklich durchbrachte. Durch ihre hartnäckige Vertretung des Propors, die ihr den heutigen Bannfluch einträgt, hat die Christliche Partei bekanntlich eine Krise in der eigenen Reihen heraufbeschworen, da sie die individualisierten Elemente ihrer Rechten ausschloß.

Auf der Liste der „Feinde“ folgt dann die Sozialistische Einheitspartei. Vorum diese allein? Wo bleiben die Kommunisten, die Maximalisten, die Revolutarier? Will man die Einheitssozialisten auszeichnen, indem man sie allein nennt? Oder gehören die anderen Parteien in die Liste der Freunde?

Unter den Gruppen der Demokratie und des Liberalismus muß man wohl die oppositionelle Gruppe vorziehen, die sich einseitig um den römischen „Rondo“, andererseits um von Mailänder „Corriera della Sera“ anlehnt. Wenn man für diese Gruppen jetzt eine besondere Kennzeichnung, ein besonderes Merkmal für nötig hält, so läßt das wohl darauf schließen, daß das Gesetz gegen die Pressefreiheit, das vollständig zu ihrer Unschädlichmachung gerichtet, vorläufig nicht in Kraft treten soll.

Mit dem merkwürdigen Aufruf des Hohen Rates fällt zeitlich beinahe zusammen eine Maßnahme, die sich, wie der Aufruf selbst, auf die Verteidigung des Faschismus bezieht. Die meinen die Umgestaltung der faschistischen Miliz. Der Hohe Rat hat nämlich am 28. Juli eine von Mussolini vorgelegte Erklärung einstimmig angenommen, die die Miliz von 300 000 auf 500 000 Mann erhöht, nämlich 300 000 des ersten und 200 000 des zweiten Aufgebots. Während die Miliz bisher nicht deutlich definierte Polizeifunktionen hatte, bei deren Ausführung sie normalerweise der Carabinieri begleitet sein mußte, heißt es in der Erklärung:

„Die Miliz ist eine große politische Polizei. Ihre Aufgabe besteht darin, mit oder ohne Mitwirkung der gewöhnlichen Polizeiergane jede Störung der öffentlichen Ordnung, jeden Anschlag oder Versuch des Aufbruchs gegen die faschistische Regierung unmöglich zu machen und dadurch die ununterbrochene Normalität im produktiven und sozialen Leben der Nation zu sichern.“

Die Miliz soll nicht, wie sie das bisher wiederholt getan hat, gewöhnliche Polizeifunktionen ausüben, soll aber das Heer vollständig jeder Leistung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen

Ordnung einbinden. Im Kriegsfall werden Ihre Leute ins Heer eingegliedert.

In derselben Tagesordnung finden wir, wenn auch nur nebensächlich, endlich einmal eine Definition des „faschistischen Staates“. Es heißt nämlich in ihr unter Nr. 1:

„Solange der Staat nicht vollständig faschistisch geworden ist, d. h. solange nicht in allen Verwaltungen und Einrichtungen des Staates die Nachfolge der herrschenden faschistischen Klasse und der ihr ergebenen Leute die gestrige herrschende Klasse verdrängt hat, und solange nicht jedwedes Remanngelüfte von jenen der antinationalen Elemente unüberbringlich aufgegeben ist, kann der Faschismus, der die Revolution gemacht und alle aus ihr folgenden Verantwortlichkeiten übernommen hat, nicht auf die bewaffnete Macht der Schwarzhemden verzichten.“

Es gibt also in Italien eine „herrschende faschistische Klasse“, die durch Verdrängung aller Staatsämter den faschistischen Staat verwirklicht.

Die Definition ist laßlich und deutlich. Man kennt sich in ihr sofort aus. Wir müssen also annehmen, daß sie wesentlich dazu beitragen kann, das Problem zu klären, das in den Kreisen der italienischen Konföderation der Arbeit durch eine Bemerkung Mussolinis in der Kammerrede vom 15. Juli angeknüpft wurde: wir meinen die Frage einer Mitarbeit der Konföderation an der Regierung. In dem neuen Ministerium der nationalen Wirtschaft sind noch zwei Antifaschistenstellen zu besetzen. Da Angebot ist, wie die faschistische Presse offen sagt, als Mittel geplant, um Zwiespalt in der faschistischen Partei zu lösen, in der sich eine Strömung für und eine gegen die Mitarbeit bilden sollte.

Vielleicht klärt die nachträglich gegebene Definition die Geister der Gewerkschaftsführer. Selbst wenn durch die Mitarbeit die organisierte Arbeiterschaft in die Kategorie der „dem Faschismus ergebenen Leute“ aufzukehen und somit Anrecht auf Staatsstellen erlangen sollte, müßte doch der Gedanke des dem Lande bevorstehenden Entwicklungsprozesses nicht eben dazu anleiten, sich um einen Anteil geistlich oder Verantwortung zu bemühen. Man denke sich eine 500 000 Mann umfassende politische Polizei, die ihre Aufgabe an dem Tage erfüllt haben wird, an dem die letzte Staatsstelle von Faschisten oder Faschistenfreunden besetzt ist. Es ist schwer zu verstehen, was man die Beteiligung der Konföderation überflüssiger wäre; solange die halbe Welt an der Arbeit ist oder nachdem sie ihr Ziel verwirklicht hat, beim Kampf oder beim Siege . . .

Vermischte Nachrichten.

Über 100 Personen durch Fleischergiftung erkrankt. Wie die Mütter berichten, sind in Garmisch über 100 Personen unter mehrwöchigen Erscheinungen erkrankt. Man vermutet, daß der Genuß von Bierdeckeln die Ursache war. In der Stadt herrscht große Beunruhigung. Die Untersuchung des heimtückischen Giftes ist veranlaßt worden. Die Erkrankungen sind allmählich wieder abgeklungen.

Das bedrohte Nürnberg. Die Ortsgruppe Nürnberg des Republikanischen Reichsbundes hatte für den 10. August eine Versammlung angesetzt und hierfür den sozialdemokratischen Volksbeauftragten Schüßinger als Redner als Redner gewonnen. Nunmehr hat das Staatskommissariat Nürnberg den Kund und die Tätigkeit des betreffenden Plakates verboten, da ein Anschlag Schüßingers in einer öffentlichen Versammlung in weiten Kreisen der Nürnberger Bevölkerung „Hate Unruhe und Bewegung“ hervorgerufen würde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Seber für Interater: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., Königlich in Lübeck.

Drei Soldaten.

Roman von Konrad Passer

Aus dem amerikanischen Manuskript übersezt von Justus Gumpers. (Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

60. Fortsetzung.

„Ich habe einen anderen Amerikaner für dich gefunden“, sagte der alte Mann mit wichtiger Stimme. „Hier kommt er.“ Ein anderer Schatte erschien am Ende der Planke.

„Les bourgeois à la lanterne, nom de dieu!“ rief der alte Mann.

Andrews drückte sich vorsichtig auf die Seite des Rahnes. Alle Muskeln seines Körpers zitterten. Eine schrille Stimme in seinem Kopfe sagte: „Ertränke dich, ertränke dich, dann werden sie dich nicht fassen.“

Der Mann stand am Ende der Planke. Andrews konnte die Kontur der Uniform im Licht, das hinter den Pappelbäumen hervorkam, erkennen. „Gott, wenn ich nur eine Pistole bei mir hätte“, dachte er.

„Sag, Kamerad, wo bist du?“ fragte eine amerikanische Stimme.

Der Mann kam über das Gedächtnis. Andrews stand starr, jeder Muskel gespannt.

„Donnerwetter, du hast ja deine Uniform ausgezogen. . . Beruhige dich, ich bin kein Militärpolizist, bin auch ohne Urknall fort. Geh her die Pistole.“

Er streckte seine Hand aus. Andrews nahm die Hand, zögernd, ohne sich vom Ende des Rahnes fortzubewegen.

„Sag, Kamerad, 's ist 'ne dumme Geschichte, die Uniform ausziehen. Hast keine mehr? Wenn sie dich erwischen, kostet's dich das Leben.“

„Mir gleich. Es ist jetzt geschessen.“

„Du denkst wohl immer noch, ich bin ein Militärpolizist? Ich schwöre, ich bin's nicht. Bistest du aber bist du es. Dieses Leben ist wirklich die Hölle. Man kann keinem Menschen mehr vertrauen.“

„Von welcher Division kommst du?“

„Ich komme, dich zu warnen. Dieser Franzose da, der war so'n hübschen angefaßelt und hat in der Kneipe geplappert, er sei Anarchist und all' so'n Zeug, und er hätte 'nen amerikanischen Detektor, der auch 'n Anarchist sei, und so weiter, und da sagte ich zu mir, den Jungen werden sie fassen, wenn er nicht Lüge gibt. So habe ich mich denn dem alten Franzmann da angeknüpft und gesagt, ich möchte den Kameraden da sehen, und ich denke, wir machen uns beide besser bald aus dem Staube.“

„Mein Name ist Eddy Chambers“, sagte der Amerikaner.

„Ich heiße John Andrews.“

„Wann bist du ausgerissen?“

„Vor zwei Tagen.“

„Eddy pfiff vor Staunen.“

„Ich bin von einem Arbeitsbataillon in Paris ausgerückt. In Chartres hatten sie mich ohne Paß erwischt.“

„Ich bin schon seit über einen Monat weg. Warst du auch bei der Infanterie?“

„Ja, ich war bei der Schulabteilung in Paris, als sie mich einstellten. Sie schickten mich einfach ohne jede Untersuchung fort. Bist du schon 'mal in einem Arbeitsbataillon gewesen?“

„Gott sei Dank, nein. Meine Nummer haben sie noch nicht in den Fingern.“

Sie gingen schnell eine breite Straße hinunter. Ueber ihnen stand der Himmel voll klarer, kristallener Sterne.

„Ich bin geküert acht Wochen fort. Was hältst du davon?“ fragte Eddy.

„Mußt ordentlich Geld gehabt haben.“

„Seit fünfzehn Tagen keinen Penny.“

„Wie hast du das geschafft?“

„Weiß nicht. Hab's geschafft. Siehst du, die Abteilung, bei der ich war, ging nach Hause, als ich im Hospital war. Und als ich 'raus kam, wollte man mich zum Offizierskasernen schicken. Gott, ich wäre krank geworden bei einer neuen Truppe, wo ich niemand kenne, und alle meine Kameraden zu Hause, und überall mit Musik und Mädchen empfangen. Wo gehst du hin?“

„Paris.“

„Verdammt riskante Sache.“

„Aber ich habe Freunde dort, kann dort Geld in die Finger kriegen.“

„Ich schau aus, als ob ich auf der ganzen Welt keinen Freund hätte.“

„Was bist du zu Hause gewesen?“

„Zimmermann.“

„Aber Mann, mit einem solchen Beruf kann man sich ja überall durchschlagen.“

„Da hast du verdammt recht. Aber in diesem Spiel, das wir spielen, muß man ja wie ein Maulwurf unter der Erde leben. Wenn ich wenigstens in ein Land kommen könnte, wo ich wie 'n Mensch rumlaufen kann. Da wäre es mir ganz gleich, was passiert. Wenn diese Arme hier je 'rausgeht und diese verdammten Militärpolizisten, werde ich in einer dieser kleinen Städte ein Geschäft aufmachen. Kann ganz gut parier. Würde auch ganz gern ein französisches Mädchen heiraten und so 'n regelrechter Franzmann werden. Nach dem, was mir mit diesem verdammten Heer passiert ist, will ich nichts mehr mit dem Scheißland da drüben zu tun haben. Demokratie!“ Er räusperte sich und pflückte ärgerlich auf den Weg. Sie gingen schweigend weiter. Andrews sah hinauf in den Himmel.

„Warum hast du nicht versucht, nach Spanien oder Italien zu kommen?“

„Kann die Sprache nicht. Nein, ich gehe nach Schottland.“

„Aber wie kannst du dahin kommen?“

„Auf einem der Fährgöste von Havre nach England. Habe schon mit einigen gesprochen, die es geschafft haben.“

„Aber was wirst du machen, wenn du dahin kommst?“

„Woher soll ich das wissen? Sehen, ob es ist noch möglich.“

„Woher soll ich das wissen? Sehen, ob es ist noch möglich.“

(Fortsetzung folgt)

Zentralverband d. Zimmerer
Bezirk Lübeck.
Vom 9. bis 15. August beträgt der Stundenlohn einschließlich Gehirgeld im Lübecker Lohngebiet 1,68 000 Mark. 5115
Der Vorstand.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (5095)
Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Eisf. Manufakturwaren.

Seine Wäsche
wird sauber gemacht und gebleicht. (5125)
Frau Höppler Ww.,
Kottwitzstraße 67, L.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (5095)
Otto Albers
Markt 4 Kobl. 10

Heute billige Bunt
5120
Beckergrube 44, Sof.

Künstliche Gebisse.
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Toilgreve
92 Königstraße 92
Kostlose Auskunft.

Hand, Holentücher
Dauerverwähre
Krawatten 5091
in großer Auswahl
Seiden-Schals
Aug. Janensch,
Sandstraße 6.

Wafel v. Gold und Silber-Brot.
Gefäße, einz. Zähne.
Willi Westfahl
32 Holtenstr. 32

Zur Ölplünderung
um die Ölplünderung!

Margarine, Talg, Schmalz, sowie Kotos müssen in Valuta bezahlt werden.

2 Pfund Margarine kosten fast 1 holl. Gulden. Daher die hohen Fettpreise.

Nach dem gestrigen Kursstand kostet ein Pfund Margarine **über 1 Million Mark.**

Lübeck
Monopolium-Zentrale. 5108

Alle Republikaner
vereinen sich am Sonnabend, dem 11. August, zum **Treugelöbnis für die deutsche Republik.**

Im Gewerkschaftshaus (großer Saal) abends 8 Uhr
Verfassungsfeier
unter Mitwirkung der Schuhmannskapelle. Leitung: Herr Gebert. Ansprache: M. d. B. August Haut.
Anschließend
Fackelzug durch die Straßen der Stadt * * *
Festkarte 5000 Mt.
Sozialdem. Partei Lübeck. 5123

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (5095)
Otto Albers
Markt 4 Kobl. 10

Steppdecken
Anfertigung u. Neu-
beziehen Spethmann
Breite Str. 31 Fernsp. 8659
(4974)

Ungeigen,
die in der an dem
bett. Tage erschei-
nenden Nummer des
„Südbotter Volksboten“
veröffentlicht wer-
den sollen, müssen
bis 10 Uhr vormittags
in unserer Geschäfts-
stelle aufgeliefert
sein; größere Ungei-
gen erbitten wir
tags vorher.
**Die Geschäfts-
stelle des
Lübecker Volks-
boten.**
Johannisstr. 48.

Elterngemeinschaft
Bericht u. Streikverein
zu Lübeck
P. G. M. G. S.
Lübeck (4885)

Prima Kuroleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (5098)

Die Macht der Schönheit
verleiht Ihnen
nur die (5092)
**duftreiche Glycerin-Milch-
Seife**

Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

Billige
Damen- u. Herrenkonfektion,
Schuhwaren, Textilwaren.

Eleg. Anzüge, Gummimäntel,
Hosen, Zoppen, Schlüpfer, Berufs-
kleidung, elegante Damenschuhe
schwarz, Stiefel, Herrenstiefel,
Kinderstiefel, Sandalen, Turn-
schuhe, Pantoffel usw., elegante
Damenmäntel, Blusen, Röcke,
Jumper, Strickjacken, Kleider-
stoffe, Woiles, Krepps, Planelle,
Anzugstoffe, Buchsien, Julett,
Cheviots, Leinen, Betten, Aus-
steuer, Loden und Manchester,
5121) Hemdentuch usw.

**1 Posten starke Arbeitstiefel,
Leichte Sommerkleidung.**

Ehlers & Neetowisch
Hofstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

Zentralverband d. Angestellten
Ortsgruppe Lübeck.
Unsere Mitglieversammlung am
Freitag, d. 10. August findet umfände-
halber nicht statt. (5126) Der Vorstand.

**Kolosseum-
Garten.**
Morgen Freitag, 7 Uhr:
Lustig. Abend Bei ungünstiger Witterung im Saale.
**bei Hilde Möbius
und Reinh. Wolf**
veranstaltet von Reinh. Wolf.
Mitwirkende:
**Hilde Möbius
Helene Matzinger
Reinhold Wolf
Robert Sulanke** Danja
v. Schaefer
mit seinem flotten, temperamen-
vollen Konzert- u. Ballorchester.
**Bei ungünstiger Witterung
im Saale.** (5180)

Möbel
Auswahl im Bureau
Handstr. 49-51,
Hinterhaus I.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Garderobenblocks
Keilnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (5275)
**Buchhandlung
Lübecker Volksbote.**

Sie finden
bei (5097)
Walter Griephan & Co.
Huxstr. 74
enorm billig:
Bettdruckstoffe, Inletts, Hemdentuche,
Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,
Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Koenigs Kursbuch
für Mittel-, Nord- und
Westdeutschland zum all-
gemeinen Gebrauch aus-
gelegt. Jeder, der eine
Reise machen will und
den Fahrplan nicht kennt,
hat nunmehr Gelegenheit,
Wohin, Wann, Wie und
Wann im Kursbuch

des Südbotter Volksboten
kostenlos einzusehen.

Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten

Bereins- u. Vergütungs-Anzeigen

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuss Lübeck.
Betriebsrätezentrale Lübeck u. d. B. Ma.

Gemeinsame Versammlung
aller Vorstände der Gewerkschaften d. ADGB-
Krahanndes, Allgem. Deutschen Beamtenbundes
und der Betriebsräte-Obleute, Vertrauensleute
und gewerkschaftlichen Vertrauensleute

am Freitag, dem 10. August 1923,
abends 7 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
**Stellungnahme zu der gegen-
wärtigen Teuerung.**

Zu dieser Versammlung sind geladen sämt-
liche Vorstandsmitglieder der obgenannten
Ergänzungsgewerkschaften, Betriebsräte, Vertrauens-
leute, Vertrauensleute und Vertrauensleute der Ge-
werkschaften in den Zwerghetrieben. Ohne An-
wesenheit hat niemand Zutritt.

Die Vorstandsmitglieder der Gewerks-
schaften des ADGB. haben um 6 Uhr im
Gewerkschaftshaus eine Vorbesprechung.
Pünktliches und restloses Erscheinen aller
Genossen ist unbedingt erforderlich.
5125 Der Vorstand des ADGB.

Süßmilch. Jeden Freitag. Tanzkränzchen
Verein zur Förderung der Geflügelzucht Lübeck.
Gommernachts-Ball
am Sonnabend, d. 11. August
im Konzerthaus Lübeck.
Um zahlreichem Besuch bittet
Der Vereinsausschuss. 5110

**Allgemeine
Ortsrestaurant-Lübeck.** (5181)
Ausführung: Sitzung
der Vertreter
Montag, 13. Aug. 1923
abends 7 Uhr pünktlich
im katholischen Ge-
sellschaftshaus, Parade 8.
Tages-Ordnung:
1. Satzungsänderung.
2. Forderung des § 53
der Satzung (Ein-
ziehung der Beiträge
u. a.).
3. Sonstiges.
Lübeck, 9. August 1923.
Der Vorsitzende
des Vorstandes.
Joh. Körner.

**Verband der Lebens-
mittel- und Getränke-
arbeiter Deutschlands**
Zahlstelle Lübeck. (5101)

**Mitglieder-
Versammlung**
am Sonnabend, 11. Aug.
abends 6 1/2 Uhr
Tagesordnung:
1. Unsere Bohnbewegung
gen.
2. Bericht vom Orts-
auschuss.
3. Eingänge.
Zahlreiches Erscheinen
unbedingt erforderlich
Der Vorstand.

Sonnabend, 11. Aug.
abends 7 Uhr
im Lokale von W.
Dieckelmann, Rücken
**Reichsverfassungs-
feier.** 5112
Mitwirkende: Gen. Hei-
mann, Lübeck,
Arbeiter-Gesang- und
Turnverein, Rücken. 9
Nach den Ausführungen
demütigen
Besammensein.
Ortsbildungsausschuss
der S. P. D. Rücknitz.

Hansa-Theater.
Heute Donnerstag und
folgende Tage 8 Uhr:
Gastspiel der Berliner
Roter-Bühnen
Der sensationelle
Erfolg (5102)
(Verboden gewesen.)
„Die Entlassung“
Kaiser Wilhelm II.—Bi-
mark-Drama
in 3 Akten
von Emil Ludwig.

Stadttheater Lübeck.
Annahme von Theater-
abonnements bis Don-
nerstag, Eingang Fischer-
grube. Anmeldungen für
Konzerte zc. gehen weiter.
Zahlung der ersten Rate
Freitag und Sonnabend
zwischen 5 und 7 Uhr
Theaterkassette-Beckergrube
Tagespreise sind gelte-
gen in Gruppe 4 auf
Stufe I 180 000, Stufe II
140 000, Stufe III 120 000,
Stufe IV 100 000, Stufe V
70 000, Stufe VI 35 000,
Stufe VII 25 000 Mt. (5107)

Visitenkarten
werden in moderner Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 45 5107

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 9. August.

„Denomination“.

Ein Finanzpolittiker schreibt uns: Wenn ein Geld so weit entwertet ist, daß man von ihm nur noch in tausend- und vieltausendfachen Mengen redet, macht man es so: Man ruiniert das Geld herunter, wie man die Preise herausnumeriert. Man macht aus 1000 oder 10 000 Einheiten alten Geldes eine neue Einheit und gibt ihr einen neuen Namen. „Witreis“, „Mäusel“, „Müster 1922“ und ähnliche Geldnamen sind so entstanden. Man nennt das in der Finanzlehre „Denomination“.

Auch die Mark ist heute zur Denomination überreif. Es bezieht uns wirklich keinen Trost, heute 10 000 Mark zu sagen, wo wir 10 Pfennig meinen — nämlich wenn wir mit der Straßenbahn fahren wollen. Und es ist erst recht keine Freude, wenn wir uns am Wochenende als Militär fühlen und dabei noch nicht einmal 30 markenfreie Brote kaufen können, die vor dem Kriege keine 15 Mk. wert waren.

Wo — man denominiere die Mark!

Über wie?

Schon streiten die Volkswirte. Der eine will 1000 Mk. gleich 1 Mk. setzen. Das ist Blech. Denn eine Zigarette kostet nicht 1 Mk. Der andere will 10 000 oder 100 000 Mk. zu einer „neuen Mark“ umbenennen. Das ist auch nicht gut; denn heute sind 100 000 Mk. noch „großes“ Geld. Man kann sich beinahe ein halbes Pfund Butter dafür kaufen, wenn man welche bekommt. Morgen aber werden 100 000 Mk. Kleingeld sein, denn sie sind ja auch heute, nach Dollar gerechnet, nur 40 Goldpfennige.

Aber warum überhaupt eine neue „Mark“? Ich habe von der alten zu wenig und doch schon lange genug. Belegte die Mägen radikal und revolutionär! Gebt ihr neue, plastische und bedeutungsvolle Namen. Nenn 1 B. 1000 Mk. einen „Lubendorff“, 10 000 Mk. einen „Sehmann“, 100 000 Mk. einen „Cuno“, 1 Million einen „Häufiger“, 10 Millionen einen „Stinnes“, 100 Millionen einen „Breitbart“ u. w. Nenn sie auch anders, es ist egal — nur macht mich und euch nicht mit den vielen Nullen verrückt, die nichts bedeuten und die der Reichsbankpräsident Havenstein fächerlich doch nur aus Versehen hinter, anstatt vor die Eins gesetzt hat. Denn je mehr Nullen es gibt, desto ärmer sind wir. Lange dauert der ganze Trall ja sowieso nicht. Herr Cuno, dem Gott ein längeres Leben gebe als der Mark, wird vielleicht doch einmal stabilisieren, wenn Herr Havenstein gegangen ist, der auch nur deshalb im Amte bleibt, weil er so gerne allen Leuten noch das Geld auszahlen möchte, das er ihnen schuldet aus jener Zeit, wo er es auf jeden Hundertmarkschilling mit Unterschrift und Dienststempel dem Darleiher versprochen hat. Jetzt hat der arme Mann das Geld nicht, die Herren um Stinnes und Schneider-Creuzhof haben es ihm genommen. Aber einmal werden sie es ihm schon wiedergeben.

Dann bricht die Morgenröte der neuen Währung an. Wenn die Reichsbanknote, auf der steht:

„1 000 000 000 000 000 Mk.“ — eine Trillion zählt die Reichsbankhauptkassa in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer

einmal so viel wert sein wird wie ein kupferner Pfennig, dann bekommen wir auch noch eine neue Währung.

Bis dahin, bitte, Geduld und — Denomination. Kadente, die zeigen, wie man aus einem Tausender einen Rucksack und aus dem Hunderttausender eine Warmpelle macht, stehen einstweilen noch reichlich zur Verfügung.

Feier des Verfassungstages!

Zum Verfassungstag schreibt uns das Nachrichtenamt:

Am 11. August 1919 wurde in Weimar die neue deutsche Reichsverfassung zum Gesetz erhoben und es war damit die verfassungsmäßige Grundlage geschaffen, auf der das staatliche Leben in Deutschland sich neu entfalten soll. Die hohe Bedeutung, welche die Verfassung für das gesamte Leben des Volkes hat, ihr entscheidender Einfluß auf den kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg der Nation, machen den Verfassungstag zu einem Tage von besonderer Bedeutung, dem daher auch eine besondere Ausprägung zu verleihen ist.

Auch in diesem Jahre wird in Lübeck der Verfassungstag wiederum feierlich begangen werden. Im Bürgerchaftsfaal wird nachmittags 5 Uhr eine amtsliche Feier abgehalten werden, bei der Senator Löwigt als Stellvertreter des Bürgermeisters eine Ansprache halten wird. Die Feier wird mit Vorträgen eines Streichorchesters eingeleitet und geschlossen werden. Zu dieser Feier werden besondere Einladungen ergehen. — In sämtlichen Schulen wird am Verfassungstage der Unterricht ausgesetzt und werden Feiern veranstaltet werden, welche dem Staatsgedanken und der Liebe zur Heimat und zum Vaterland dienen und welche mit den Grundideen der Weimarer Verfassung verknüpft werden sollen. — Aus gleichem Anlaß werden am Sonntagvormittags 9 Uhr von sämtlichen Kirchen die Glocken läuten und um 9½ Uhr in der Marienkirche und in der katholischen Kirche Festgottesdienste stattfinden. — Um dem Verfassungstag auch äußerlich ein feierliches Gepräge zu geben, werden familiäre öffentlichen Gebäude Flaggen schmück tragen. Es ist zu hoffen, daß von privater Seite diesem Beispiel gefolgt wird und daß recht viele Häuser am Verfassungstage in den Reichsfarben oder Landesfarben besetzt werden.

Leipziger Nehausstellung der Sowjet-Republik. Von dem Vertreter der Leipziger Messe wird uns geschrieben: Der Bund der sozialistischen Sowjet-Republiken (Rußland, Ukraina, Transkaukasien und Weiß-Rußland) wird sich auch an der Leipziger Herbstmesse (26. August bis 1. September) wieder als Aussteller und zwar in noch weitem Umfang wie zur Frühjahrsmesse, beteiligen. Wie bereits auf der letzten Messe werden in der Wandelhalle des Alten Rathauses Kostümmuster, wie Heilkräuter, Borsten, Flach und Hafer, Kojfelle und Hüte, Rauchwaren, Dörme, Kojftabak u. a. zur Ausstellung gelangen. Im Grassi-Museum werden außerdem die Erzeugnisse russischer Volkskunst gezeigt werden, also in erster Linie Handarbeiten, Spitzen, Stickerien, Spielwaren, Holzschmückerien, Gewebe, Leppiche, Halbedelsteine und anderes mehr. In beiden Ausstellungen sind verschiedene staatliche und wirtschaftliche Institutionen der sozialistischen Sowjet-Republik beteiligt.

Erhöhung der Kojgebühren. Die Handelskammer schreibt uns: Infolge erneuter erheblicher Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Preise für elektrischen Kraftstrom sind mit Wirkung vom 9. August ab sämtliche im Kaibetriebe der Handelskammer zur Erhebung gelangenden Gebühren etwa um 200 Prozent erhöht worden. Bei den Gebühren für vorübergehende Lagerung ist infolgedessen eine Herabsetzung gegenüber früher eingetreten, als von der dritten Lagerwoche ab einschließlich der Freilagerfrist eine Doppelsetzung des für die ersten sechs getrenden Wochenzustandes erfolgt.

Stadttheater. Die Anmeldungen für Boll- und Halbabonnementts für Theater Vorstellungen wird heute, Donnerstag, abend geschlossen. Anmeldungen für Konzerte und sonstige Veranstaltungen gehen weiter. Die Einlösung der ersten Abonnementrate und Abgabe der Eintrittskarten erfolgt Freitag und Sonnabend nachmittag zwischen 3 und 7 Uhr an der Theaterkasse, Bekedergrube. Sonntag erste Vorstellung: „Fatinika“, Operette von Franz v. Suppe. Die obeliebte Operette ist seit Jahren nicht mehr zur Aufführung gekommen.

pb. Aus dem Volkzberichter. Nachdem gestern eine Bankbeamtin ihr Fahrrad in den Hausflur eines Hauses in der Hürstraße hingestellt hatte, beobachtete sie, wie sich ein junger Mensch an ihrem Fahrrad zu schaffen machte und mit demselben zu entkommen suchte. Der Dieb wurde aber sofort verfolgt und es gelang, ihm das Fahrrad wieder abzutreiben und ihn festzunehmen. Der Festgenommene legitimierte sich als ein 20jähriger Arbeiter von hier, der im Verdacht steht, schon mehrere ähnliche Diebstähle hier ausgeführt zu haben. Hierüber dürften die weiter anzuhaltenden Ermittlungen Klarheit bringen. — Durch die eifrigen Ermittlungen der Kriminalpolizei gelang es, in Karshof ein ganzes Diebsnest auszunehmen, wobei mehrere Festnahmen erfolgten. Die Festgenommenen sind überführt und teils geständig, in der früheren Flugzeughalle in der Kraelsdorfer Allee, der jetzigen Niederlage der Autoversicherungsgesellschaft Nordmark, einen Einbruchdiebstahl ausgeführt zu haben, wobei ihnen 10 Broden Käse, eine ganze Kette Rohmagnete, sowie eine größere Menge Automobilzubehörteile in die Hände gefallen sind. Ein Teil der letzten Sachen konnte bereits wieder herbeigeführt werden. Die Festgenommenen, die übrigens die Diebereien gewerbsmäßig betrieben haben, dürften noch eine ganze Reihe weiterer Diebstähle verübt haben. Es steht zu erwarten, daß Lübeck auf längere Zeit von dem gemeingefährlichen Treiben der äußeren Gesellschaft verschont bleibt. — Ermittelt und festgenommen wurden ferner ein Weiereigehilfe und ein Bauführer, die gemeinschaftlich eine größere Menge Kartoffeln geschlophen hatten. Sie hatten diesen Diebstahl nicht etwa ausgeführt, um die Kartoffeln selber zu verkaufen, sondern in der Herberge, wo sie zu verkohren pflegen, zu verkaufen. — Ein neugeborenes Kind kurz nach der Geburt getötet zu haben, ist ein 22jähriges Dienstmädchen aus Mönkhagen überführt und geständig. Das Mädchen hatte im Hause seiner Herrschaft heimlich geboren und hatte das getötete Kind in einem Karton verpackt auf einen Kleiderstanz gesteckt. Das Mädchen wurde dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt. Dadurch wurde ihm die Gelegenheit genommen, die Kindesleiche zu beseitigen, wie es ihre Absicht gewesen zu sein scheint. Durch den sich später entwickelnden Verwesungsgeruch wurde die Herrschaft des Dienstmädchens aufmerksam, die dann auch nach eintigem Suchen die in

von Arbeit könne man nicht sprechen, sondern nur von einer achtständigen Arbeitsbereitschaft. Jeder Sparfamkeitstrieb sei durch die nachrevolutionäre Zeit unterbunden worden. Nun wollen jene Kreise, die nichts haben, an der Ausübung der Verwaltung teilnehmen. Der Besitzer soll in seinem Eigentum nichts mehr zu sagen haben. Das sei bolschewistisch. Durch eine solche Gesetzgebung müsse das Wohnungswesen noch größer werden. Durch Kommunismus und Sozialismus seien bei Regierung und bürgerlichen Vertretern jedes Gerechtigkeitsgefühl abhanden gekommen.

Wenn jetzt die preussische Regierung durch einen Erfolg verlange, der größten Rot der Hausbesitzer zu steuern, so sei es bei nahe zu spät.

Nachdem Redner der Reichsregierung, sowie den Landesbehörden eine Anzahl derbe Grobheiten gesagt hatte, begründete er seine Leisätze, die abzudruden uns der knappe Raum verbietet. Wir haben bereits am Montag geschrieben, daß die Herren nicht gerade bescheiden sind. Einige Proben mögen genügen. Für die Feuerversicherung müsse gefordert werden, daß 5 Proz. auf den Hausbesitzer und 95 Prozent auf die Mieter umgelegt werde. Das Mieterzuschlag sei unerträglich. Wo Gärten mitvermietet sind, müsse enentl. auf dem Klagewege verlangt werden, daß sie von den Wohnungen getrennt werden. Von dem Ertrag der Gärten müsse der Besitzer einen Teil erhalten. Die Vereine müssen den einzelnen Hausbesitzer vertreten, die Kosten für die Prozesse müssen aufgebracht werden.

Und wenn die Gerichte mit Klagen so überhäuft werden, daß sie nicht mitande sind, dieselben zu bewältigen, wird die Regierung schon gezwungen werden, einzulernen.

Die Steuerreform Erzbergers gab dem Redner Anlaß, den hingemordeten Toten als Erbeverberber zu bezeichnen. Dies ist bezeichnend für den Geist der Rede, wie für die Verfallung, die es ruhig zuließ, daß ein Toter geschmäht wurde. Trotzdem forderte Redner auf, an dem neuen Gesetz mitzuarbeiten. Die Regierung dürfe sich nicht auf die Straße stützen, sondern auf den Mittelstand. Der Mittelstand sei nicht dazu da, um zum Helfer der Produktivgenossenschaften zu werden. Es sei ein harter Kampf zu führen, damit nicht zwischen irreführender Arbeiterchaft und Großkapitalismus der Mittelstand erliege. Durch den Wahlzettel müsse sich im nächsten Jahre der Mittelstand frei machen.

Hierauf begründete der lösnial, bayrische Stadtrat Humar-München seine Leisätze: „Zur Aufstellung eines Programms für Aufhebung der Zwangswohnhaft“. Er forderte nicht mehr, als daß die Miete 20 Proz. des Einkommens betragen müsse.

Zusammenfassend betonen wir, das unabweisbare eine Not der Hausbesitzer festzustellen ist. Doch mit Verleumdungen der Arbeiterchaft werden wirtschaftliche Fragen nicht gelöst. Es ist ein starkes Stück, zu sagen, die Arbeiter seien faul und sparen nicht. In einer Zeit der größten Not, wo Hunderttausende nicht wissen, wie sie ihre Familien füttern sollen.

Uns ist diese Angelegenheit zu ernst, um beiden Rednern mit der gehörigen Schärfe zu antworten. Wir werden, wie wir bereits am Montag geschrieben, mit Hausbesitzern unserer Partei Fühlung nehmen. Wir werden auch mit den Mietern zu einer Aussprache kommen, um so wenigstens für unsere kleine Stadt die größten Ausmische zu beseitigen. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wird sich auch auf diesem Gebiet ein Ausweg finden.

An die werktätige Bevölkerung Lübecks!

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobmänner, Bundelegierte, gewerkschaftliche Vertrauensmänner der Zwergebetriebe!

Um die Bekämpfung der werktätigen Bevölkerung Lübecks mit Kartoffeln bestmöglichst vorzubereiten und zu sichern, ist es notwendig, einen Ueberblick über den ungefähren Bedarf zu bekommen. Wir bitten deshalb, wie im Vorjahr, die obengenannten Fraktionen der freien Gewerkschaften, Umfrage bei ihren Kollegen und Kolleginnen zu halten und Uffenmäßig diesen Bedarf an Kartoffeln der Betriebsrätezentrale des UOSB. zu melden. Diese Meldungen müssen bis längstens den 31. August erfolgt sein. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden. Die in der nächsten Woche stattfindende Sitzung der Gruppenvorstände wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Die Betriebsrätezentrale
J. A.: Dreger.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 4. August 1923 an für Ortsklasse A wie folgt erhöht:

1. für männliche Personen:	täglich
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	90 000 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	75 000 Mk.
c) unter 21 Jahren	54 000 Mk.
2. für weibliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	75 000 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	60 000 Mk.
c) unter 21 Jahren	43 000 Mk.
3. als Familienzuschläge für:	
a) den Ehegatten	33 000 Mk.
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigten Angehörige	27 000 Mk.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Jungsozialisten: Freitag, 10. August, 8 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftsfaal: Vortrag von Jrl. Dr. Corssen über die französische Revolution in dramatischer Gestaltung.

Montag, 13. August, 8 Uhr, im Gewerkschaftsfaal: Gedensatag für August Bebel.

Volljähriges Erscheinen wird erwartet. Achtung! Gewerkschaftsvorstände des UOSB, Ufa, UOB, Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundelegierte, gewerkschaftliche Vertrauensleute der Zwergebetriebe! Wenigen Augenanteil beachten. Enthält wichtige Versammlungsanzeige. Der Vorstand des UOSB.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ihren Betrieb eingestellt hat die Werft von Blöhm u. Vogt und sämtliche Arbeiter entlassen. Als Grund wird von der Verflechtung neben kommunistischem Umtrieben angegeben, daß die Belegschaft sich an Betriebsbeamten tätlich vergreifen und sich fremdes Schiffseigentum angeeignet hat.

Hamburg. Die ersten werktätigen Hafenarbeiterlöhne. Der Schaner Männerlohn, der bisher 500 000 Mark pro Stück betrug, ist gestern vom Schlichtungsausschuß Hamburg für die Zeit vom 9. bis 15. des Monats, und zwar zum ersten Male werktätig, festgelegt worden und bezieht sich auf

Heute abend 7½ Uhr

Öffentliche Volksversammlung

im Gewerkschaftsfaal.

Ministerpräsident Gen. Stöwing spricht.

dem Pappkarton verborgene Kindesleiche fand und hiernon der Kriminalpolizei Mitteilung machte. — In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ist in der Filiale der Lübecker Margarinezentrale in der Georgstraße ein Einbruchdiebstahl ausgeführt, bei dem dem Diebe ein Käßchen mit 50 Pfund Margarine mit der Aufschrift „Meinster Kinderpeisestoff“ und eine Anzahl Rollen Reis Marke Gefri Albert in die Hände gefallen sind. — In derselben Nacht sind aus den Geschäftsräumen eines industriellen Unternehmens beim Hoffentor eine neue Schreibmaschine, Marke Orga, mit der Fabriknummer 11646 und drei Milchzentrifugen, Marke Sahma 12757 und 40 Liter Milch fassend, gestohlen worden. Als Einbruchswerkzeug bedienten sich die Täter eines 51 Zentimeter langen Maurerbrecheisens, welches von den Dieben an Latorie zurückgelassen worden ist. Für die Wiederherbeschaffung der gestohlenen Sachen sichert die geschädigte Firma eine Belohnung von 10 Millionen Mark zu. — Einem in der Kastanienallee wohnhaften Gärtner sind außer 12 Millionen in Hunderttausendmarkschritten, ein goldenes Uhrarmband mit silberner Uhr mit Goldrand, ein goldener Damenringerring mit Stein und eine halbe Netzkurpf gestohlen worden. — In der Nacht zum 5. ds. Monats ist auf dem Kanal bei Bied ein gelb gestrichenes Paddelboot mit flachem, schwarzem Boden gefentert aufgefunden und gehorgen worden. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Aus einem auf der Watentig unterhalb der Auguststraße liegenden Motorboot ist ein zweitürdrieger Bolshmagnet mit der Nr. 287819 gestohlen worden. — Mittels Einbruches sind aus einem Hause in der Charlottenstraße diverse Bett- und Leibwäsche mit dem Zeichen G. M. bezw. A. H. im Werte von mehreren Millionen gestohlen worden.

Das Käßchen.

Gestern ging ich, wie so oft, über die Breite Straße. Sints steht das hohe Baugerüst. Eine Bank vergrößert sich. Alle Banken vergrößern sich. Das kommt vom Dollar; denn die Banken haben Dollar. Hinter dem Baugerüst kann man sehen, wie der Dollar steht. Deshalb will ich hinter das Gerüst treten. Da sehe ich einen großen Volksauflauf. Nicht bei der Bekedergrube. Ich verlaße den Dollar und gehe zum Volksauflauf, der sich von Sekunde zu Sekunde vergrößert. Drei Radfahrer springen ab. Ein Automobil fällt. Alles starrt in ein Schaulustler. Aber es ist nichts zu sehen. Die Schelbe ist ganz; friedlich liegt Margarine und Schmalz auf Hausen. Was ist los? Ach sehe nur, daß es nichts Schlimmes sein kann — die meisten aus der Menge lachen. Ich dränge mich vor; stelle mich auf die Zehenspitzen. Und siehe da! Ein Käßchen! Ein ganz klein hilflos Käßchen hatte sich in das Schaulustler verirrt. Und weiß mit all den fetten Schügen nichts anzufangen. Und lacht und ruft klagen seine Mutter. Immer mehr Menschen kamen. Nur noch die Polizei fehlt. Dann ist das „Gericht“ fertig. Ich gehe weiter; und freue mich, daß man über ein harmlos Käßchen sich noch freuen kann.

Zum Verbandsstg des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzvereine (e. V.)

W. In der Versammlung am Sonntag führte zunächst Herr Dr. Wihlen-Köln etwa folgendes aus: Mit bösem Willen gingen unweise Revolutionäre 1918 und 1919 an die Arbeit, um die Vermichtung des Privateigentums durchzuführen.

Der dem Kriege hieß es: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“

Heute aber heiße es: Das Nichtstun soll bezahlt werden.

118000 Mark pro Schicht. Die Berechnung geschieht wie folgt: Indexziffer 154117, vergrößert um 45 Prozent, multipliziert mit 5 = 117358, abgerundet nach oben auf das volle Tausend = 118000.

Hamburg. In die Kette gelegt. Der englische Dampfer „Rondo“, der zurzeit im Kirchenpauerhafen verankert liegt, ist wegen einer Forderung von 38 Milliarden Mark vom Gerichtsschlichteramt mit der Kette belegt worden. — Dampfer-Kollision. Im Hanjshafen kollidierte am Mittwoch der Schlepper „Mihelmine“ mit dem verholenden Dampfer „Uranus“ und kurz darauf auch noch mit dem Schleppdampfer „Staart“. Alle drei Dampfer wurden beschädigt und müssen in Reparatur gehen.

Homburg. Neue Straßenbahnpreise. Die Tarife für Hoch- und Straßenbahn, die erst am letzten Sonntagabend wesentlich erhöht worden sind, werden ab heute, Donnerstag, auf 15 000, 20 000 und 25 000 Mark pro Einzelfahrt gesteigert.

Edelstedt. Ein Opfer der Arbeit. An Mißbrandvergiftung starb hier der 40jährige Lederarbeiter Sell. Er hat sich die Infektion bei der Bearbeitung chinesischer Häute mit Mißbrandbakterien zugezogen.

Linienburg. Ein gefährlicher Unfall. In der Nähe von Jallburg, wo die Kleinbahn Linienburg-Soltan ein Gefälle von 1 : 75 hat, waren mehrere zentner schwere Steine auf das Gleis gewälzt worden, um den Zug zum Entgleiten zu bringen. Zum Glück entdeckte der Lokomotivführer rechtzeitig das Hindernis, so daß ein Unfall vermieden wurde.

Hademarthen. Ein Opfer der Bienen. In Halkenndorf wurden zwei Pferde des Landmannes Danmann von schwärmenden Bienen derart zugerichtet, daß eins der wertvollen Tiere an den Folgen der Stiche verendete.

Grabau. Schadenfeuer. Ein Feuer vernichtete hier zwei Arbeiterwohnhäuser nebst Stallungen, die sämtlich mit Reih gedeckt waren. Der Brand dürfte durch Kinder verurteilt worden sein, die in einem Stalle mit Streichhölzern spielten.

Roskoff. Spielhölle in Warnemünde. Eine von fünf Berliner Unternehmern eingerichtete Spielhölle im Saale des Rathpavillons wurde von Beamten der Landeskriminalpolizei in der Nacht auf Sonntag aufgehoben. 50 bis 60 Personen konnten als Spielteilnehmer festgehalten werden. Diese Spielhölle wurde unter dem Pseudonym „Sportklub Corso“ geführt. In den Monaten Juni, Juli war die Hochkonjunktur. Wäre die Kriminalpolizei nicht zur Aufhebung geschritten, hätten sie bald das tausendfache Mitglied zu verzeichnen gehabt. Dieses Treiben war der Kriminalpolizei längst bekannt. In den letzten Tagen sind einzelne Beamte Mitglieder des Sportklubs Corso geworden. In der Nacht von Sonntag auf Montag drangen die Beamten ein, als alles im vollsten Betrieb war. Es konnten in der Kasse 65 Millionen Mark beschlagnahmt werden. Man war nun leiten der Unternehmer schon vorzeitig geworden, ja man wollte Anfang dieser Woche nach Berlin zurückfahren. Spieler waren Kaufleute, Akademiker, Landwirte und Studenten. Nicht nur Hamburger und Berliner, auch Mecklenburger waren vertreten. Beamte des Landesfinanzamtes waren gleich zur Stelle und stellten an Hand der Bücher des „Sportklubs“ einen Umsatz von rund 200 Millionen Mark fest. Auf die Forderung der sofortigen Zahlung von 2 Millionen Umsatzsteuern erstirnte großes Behagenschrei der Berliner. „Wo sollen wir das Geld hernehmen?“ fragte ein Berliner. „Sie haben ja eine Sechszimmerwohnung“, wurde ihm erwidert. „Woher wissen Sie das?“ „Wir haben sie schon beschlagnahmt.“ war die Antwort. — Eine Hausdurchsuchung in den Hotelnummern bringt allerlei Geld und Geldeswert zutage. Alles wird vom Finanzamt beschlagnahmt. Die drei Hauptbeteiligten sind Kaufmann Bernhard Neumann (Charlottenburg), Kaufmann Bernhard Wolf (Wilhelmsruh) und Kaufmann Erwin Wolf (Berlin). (Es ist noch so fern gekommen, es kommt doch an die Sonnen!

Neustrelitz. In Mecklenburg-Strelitz war es den Kommunisten mit ihrer „Schleier“ nach „Affären“ ein Geistes, die bürgerlichen Parteien des neuen Landtages so zusammenzufassen, daß sogar eine deutschnationaldemokratische Regierungsbildung denkbar kam. Zum ersten Male wagen die Kommunisten des Landesparlament ein „Was Wunder, daß ihnen durch die Kammerhauptmann“ daß sie sich am Antrittskittentag, kurz vor Zusammenritt des Landtages, ganz besonders nicht gebürdeten. Im Landtag selbst gingen sie natürlich erst recht los ins Zeug. Ihre erste parlamentarische Tat war ein Antrag, den bisherigen Staatsminister Herrmann Freiherrn a. Reibnitz vor einen Staatsgerichtshof zu stellen, weil er den Arbeiterdemonstranten den Stuhl der Lage in einer Ansprache vor Augen geführt und sie vor Unbehagenheiten gewarnt und behütet hätte. Für den deutschnationalen Alterspräsidenten in der Eröffnungsrede war die Aufforderung der Kommunisten, wie sie sich parlamentarisch zu betragen gedenken, willkommenen Anlaß, das Parlament gleich bei seinem Zusammenritt durch polizeilichen Schutz zu „schützen“. Die Kommunisten ihrerseits benutzten diesen unerwarteten Anlaß, um den Beweis zu liefern, wie wohl sie als Parlamentarier zuhause können. Damit und mit ihren unwürdigen Anträgen künden sie jedoch die bürgerlichen Parteien nur soweit, daß der Gedanke, wie bisher eine Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten und Demokraten zu bilden, die die Unterstützung der Kommunisten nicht erhalten müssen, von den Demokraten aufgegeben wurde. Auch vor den Augen der Kommunisten hand das Regierungsprogramm, das unsere Fraktion ihnen anerkennend hatte, und das ein weitgehendes Einverständnis erhielt, keine Gnade. Vielmehr wies der kommunistische Sprecher die Arbeiterregierung mit dem Rütteln und forderne ein Bündnis mit Russland. Während er gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern einen biden Trennungstrieb zog, leitete er sich die stompfe Anweisung an die drei Deutschhölle

des Landtages. Ganz im Radikalsten Stil enthielt die kommunistische Jungferrede eine Verherrlichung Schlageters, der gleich den Kommunisten für eine Idee das Leben gelassen habe. So was nimmt sich besonders in dem Mecklenburg der Parocher Morbidität gut aus. Aber der kommunistische Redner unterließ auch nachdrücklich vieles Gemeinsame, das Kommunisten und Arbeitervereine haben und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutschhölle, die sich bei der Regierungsbildung der Stimme enthielten, in nicht allzu ferner Zeit zu der Erkenntnis kommen mögen, daß nur eine gemeinsame Arbeiterregierung Rettung für das deutsche Volk bedeute. Eine famose Arbeiterregierung, in der Kommunisten und Deutschhölle die Einheitsfront des Proletariats verkörpern!

Gewerkschaften.

Konzentrierung der Kräfte.

Es gibt sich niemand einer Täuschung darüber hin, daß mit der formellen und prinzipiellen Anerkennung der Werkbeständigkeit der Löhne — nur ganz rückständige Unternehmergruppen, wie die Berliner Holzindustriellen, wehren sich noch dagegen — das wirtschaftliche Problem noch nicht gelöst ist. Man wirft Papiergeld billigenweise ins Publikum und ruft dadurch Erscheinungen hervor, die, außer in Russland, in keinem Lande ein Beispiel haben. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten entwerteten sich nicht mehr von Woche zu Woche, sondern

Beispiellose Not kriecht an dem Sebnemarkt des Proletariats. Kapitalismus u. Reaktion laufen Sturm gegen die Republik.

Trotz alledem muß der Sieg unser sein. Tut eure Pflicht! Stärkt die Partei! Werdt für den „Lübecker Volksboten“!

Bergeht den Kampffonds nicht! Es lebe die Republik! Es lebe der Sozialismus!

von einem Tag zum andern, ja man kann sagen, von Stunde zu Stunde. Die unausbleibliche Folge der Finanzierung des Staatshaushalts durch den Notendruck muß die in steigendem Tempo sich vollziehende Entwertung des Papiergeldes sein. Dieses Tempo wird sich in den nächsten Wochen noch verschärfen. Es wäre töricht, irgendwie ein Wunder zu erwarten und anzunehmen, daß es schließlich doch einmal besser werden müßte. Solange die Schandwirtschaft unserer Finanzen weiter betrieben wird, wie sie in dem letzten Halbjahr betrieben worden ist, kann eine Besserung nicht eintreten. Das bedeutet, daß die katastrophalen Verhältnisse sich verschlimmern müssen.

Mit dieser Tatsache wollen und können sich die Gewerkschaften jedoch nicht abfinden. Sie haben die ungeheuerliche Gefahr, die aus anderer Himmelsrichtung Finanzwirtschaft entspringt, erkannt und von der Regierung Abhilfe gefordert. Die Forderungen der Gewerkschaften decken sich in allen wesentlichen Punkten mit den Forderungen, die die Vereingte Sozialdemokratie aufgestellt hat.

Diese notwendigen Forderungen auf dem Wege des Lohnkampfes durchzusetzen, ist unmöglich. Solche Forderungen können nur auf volkswirtschaftlichem Wege verwirklicht werden.

Da die Gewerkschaften jedoch weder eine Partei, noch ihre Organisationen auf die politische Aktion eingestellt sind, ergibt sich mit unabweislicher Konsequenz die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften mit aller Macht den Kampf der Vereingten Sozialdemokratie für die Wiederherstellung einer gesunden Finanzwirtschaft unterstützen. Das setzt voraus, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die zu führende Aktion mitbestimmen.

Auch die in normalen Zeiten bis zu einem gewissen Grade berechtigten Bedenken gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an einer politischen Aktion müssen jetzt in der durchaus kritischen Situation, in der wir uns befinden, zurückgestellt werden. Auch beim Kampfbündnis haben die Gewerkschaften nicht gefragt, ob ihre Beteiligung an einer politischen Aktion nicht gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge verstoße. Die Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse jetzt befindet, ist mindestens ebenso gefährlich wie die, die der Kampfbündnis geschaffen hat.

Aber nicht allein die Spitzenorganisationen, sondern auch die örtlichen Organisationen müssen sich zu gemeinsamen Aktionen zu-

ammenfinden. Die SPD., die seit Wochen und Monaten täglich die niedrigsten Angriffe und Verleumdungen gegen die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wie gegen die Gewerkschaften überhaupt richtet, schließt sich bei dieser Aktion nicht an. Es braucht und kann hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Wir sprechen nur eine von allen anerkannte Tatsache aus, wenn wir sagen, daß die Stunde ein wohlüberlegtes, aber energiegeliches Handeln und eine Konzentrierung der Kräfte der Arbeiterklasse von allen fordert.

Vermischtes.

Verbrecherhumor. Vor kurzem feierte der vielen bekannte Justizrat Bronker seinen 70. Geburtstag. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, von Behörden, und vor allem von den von ihm im Laufe seiner 43jährigen Tätigkeit vertretenen zahllosen Angeklagten gingen zahlreiche Glückwünsche ein. Unter den Zuschritten befindet sich auch eine, die einzig, die anonym gehalten ist, die ihres humorvollen Inhalts wegen Wiedergabe verdient. Sie lautet: Sehr geehrter Herr Justizrat! Mein Kollege Knader-Ede hat in die letzte Sitzung Ihres Vereins „Düste Jungens“ den Antrag gestellt, Sie bei Ihrem 70. Geburtstag zum Ehrenmitglied zu ernennen. Der Antrag ist aber durchgefallen. Zwar haben wir alle gesagt, Sie sind ein guter und seiner Fortwärtiger, und sogar unser Sünder, der 15 Jahre kriminal studiert hat, sagte: „Alle Achtung!“ worauf Sie stolz sein können, denn der nächste mal. Aber andere meinten, es fehle Ihnen was. Sie könnten dem Staatsanwalt nicht, wie manche Ihrer Kollegen ein Ding drehen. Sie machen das mit die Gesehe, aber von Raffiber und Schwindel wollen Sie nicht wissen. Dabei ist das doch Notwender, wie unser Sünder sagt; warum verfolgt uns der Staatsanwalt? Wir treiben, wie die Großmächte, die Politik der offenen Tür, und unser Wahspruch ist: „Freie Bahn den Tüchtigen.“ Aber wenn auch jener Antrag gefallen ist, so haben wir doch beschlossen, Sie zu Ihrem 70. Geburtstag zu gratulieren. Wir wünschen Ihnen Glück und Segen, und lernen Sie das mit die Raffiber und so, dann werden wir auf Sie stolz sein. Es grüßt August Kanuschke, 1. Vorsitzender des Vereins „Düste Jungens“. — Da leider eine nähere Adresse sowohl des Herrn Kanuschke wie des Herrn Knader-Ede fehlt und auch der Verein „Düste Jungens“ vergeblich im Adressbuch zu suchen ist, befindet sich Justizrat Bronker nicht in der Lage, dem Verein Mitteilung zu machen, ob dieser noch darauf rechnen kann, daß er sich auf seine alten Tage in dem gemünzten Sinne zu „bessern“ gedenke.

Schreckhaft seltsamer Freitag. Dem „Kasseler Volksblatt“ wird von einem Parteigenossen geschrieben: Auf der Fahrt nach Kassel. Zwischen Köthen und Halle im D-Zug Hamburg-Dresden. Kolossal überfüllt. Im Durchgang steht einer neben dem andern. Ich neben einem jungen wohlgekleideten Mann zwischen 25 und 30 Jahren. Neben uns ist das Fenster halb geöffnet. Ein angenehmer Zug frischer Luft geht durch den heißen Gang. Jetzt öffnet der junge Mann neben mir das Fenster. Ich denke, das wird ein bißchen viel Zugluft. Und nun drückt er das Schieberfenster gar bis unten herunter. Ohne ein Wort zu sagen, ruhig und zungungslos. Ehe ich was sagen kann, schaut er zum Fenster hinaus, und zwar tief, ganz tief. Ich staune noch mehr. Dann aber kam nicht nur Staunen, sondern auch Schreck über mich, denn ehe ich mich besinnen und zugreifen kann, hebt er sich mit einem Fuß auf einen vor dem Fenster stehenden niedrigen Koffer und schließt dann mit dem Kopf nach unten lautlos in die Tiefe, hinein in die Schottersteine, bei rasender Fahrt des D-Zuges. Jetzt schreien alle Nebenstehenden und die Insassen der nahen Abteile auf. Das war ja schrecklich, entsetzlich. Ein Herr fragt mich, ob ich meine Briefstapsche noch habe. Nein, das war kein Flüchtling, das war einer, der den Freitag auf schrecklich und seltsame Weise geschickt hat. Ob er ihn gefunden? Das sieht uns sehr ungemut. Jetzt zieht eine Krankenschwester die Notleine. Der Zug hält sofort. Wir waren aber schon Minuten gefahren. Gesehen hatten wir nichts. In einem Augenblick waren der Sinabsturz und seine Folgen ja unseren Augen entzogen. Es ward gesucht. Das dauerte zu lange. Ein Straßenbeamter bekam Auftrag, der Zug fuhr weiter. Was daraus geworden, die Zeitungen werden es melden. Im Zuge zurückgelassen hatte der Unglückliche eine Ledermappe und seinen Hut. In der Mappe waren gestickte Taschentücher, Strümpfe, zwei Reisebücher über Berlin und Hamburg und ein Kursbuch. Sonst nichts. Kein Brief, keine Postkarte, kein Name.

Stolge Worte über den Krieg.

Laos-tse: Ein unruhmlischer Frieden ist einem noch so glänzenden Kriegserfolge vorzuziehen: der prächtigste Sieg ist doch nur Widerstand einer Feuersbrunst.

Neichylos: Von meiner Mutter Themis, die des ewigen Rechts Urweife Göttin ist, vernahm ich längst den Spruch, daß einig Gewalt erliegt und die Weisheit siegt.

Kloppstod: Des Menschengeschlechtes Brandmal aller Jahrhunderte durch, der untersten Hölle lautestes, schrecklichstes Hohnschlächter ist der Krieg.

Kant: Der Krieg ist die Quelle alles Übels und der Sittenverderbens; das größte Hindernis des Moralischen.

Theodor Mommsen: Die heilige Allianz der Völker ist das Ziel meiner Jugend gewesen und ist noch der Stern des alten Mannes.

Amtlicher Teil

Die Feier des Verfassungstages.

Das Verbot vom 26. Juli 1923, durch das Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel untersagt sind, wird für Versammlungen zur Feier des Verfassungstages am 11. August hiermit außer Kraft gesetzt. Alle Versammlungen unterliegen jedoch der ausdrücklichen Genehmigung durch das Polizeiamt. Für die Genehmigung ist Voraussetzung, daß die Verantwortlichen von Organisationen ausgehen, die keinerlei Zweifel an ihrer rechtsstaatlichen Richtung erkennen. Mit den Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen am Verfassungstage dürfen keinerlei Demonstrationen für andere Wünsche und Ziele als lediglich zur Feier des Verfassungstages verbunden werden. Die Ausführung von Schüssen und Abfeuern ist bei diesen Veranstaltungen untersagt.

Lübeck, den 8. August 1923. (5124)

Der Polizeibehörde
Das Polizeiamt.

Inlandslegitimation ausländischer Arbeiter.

Die Gebühren für Arbeiter-Registrierungskarten werden zu 1-3 auf das Fünftel und zu 4-5 auf das Dreifache der am 24. Januar 1923 festgelegten Sätze erhöht.

Lübeck, den 8. August 1923. (5105)

Das Polizeiamt.

5-1-Kran am Flughafen.

Die Gebühren sind erhöht.

Lübeck, den 8. August 1923. (5131)

Die Baubehörde.

Höchstpreise.

a) Brennstoffe ab 15. August 1923:

25 Coker:	Grubelohs für 1 Ztr. (5129)	4 235 000.—
25 Coker:	Reis Haub:	
Grubelohs ungebrochen für 1 Ztr. 4 612 000.—	Grubelohs ungebrochen für 1 Ztr. 4 612 000.—	
Grubelohs über 20 mm für 1 Ztr. 4 670 000.—	Grubelohs über 20 mm für 1 Ztr. 4 670 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	
Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	Grubelohs unter 20 mm für 1 Ztr. 4 650 000.—	

b) Markenbrot ab 11. August 1923:

Roggenbrot	1900 Gr. 4 53 000.—
Graubrot	1900 Gr. 4 55 000.—
Feinbrot	1500 Gr. 4 55 000.—

Lübeck, den 8. August 1923. (5106)

Landesverordnungsamt.

Verrentliche Zustellung.

Chefmann Martha Sobls geb. Götte, Braunschweig vertreten durch Rechtsanwältin Dres. Gdrz. Müns, Drehmer, Jürdigen, Lübeck, klagt gegen Chemann, Schneidmeyer

Am 10. August 1923, vorm. 11½ Uhr, wird der Kapitän Knadt vom Dampfer „Gans Herber“ wegen seiner Reife von Hamburg nach Danzig im Gerichtshaus, Zimmer 11, Verhandlung geführt.

Lübeck, den 8. August 1923. (5134)

Landgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Gesucht

Zeitungsaussträgerin für Schwartau

bei sehr guter Entlohnung.

Zu melden bei H. Gliese, Neusefeld, Barmer Straße 30. (4943)

Dankfagung. (5108)

Allen denen, die unsern lieben, unvergesslichen Sohne Wilhelm die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere seine beiden Chefs Herren Wölber und Wolfram, sowie die Angestellten und Arbeiter der Firma, seinen Freunden, Verwandten, Bekannten und Herrn Pastor Busch für seine tröstlichen Worte am Sarge unsern herzlichsten Dank.

Ww. Grabbet, Neusefeld.

Da es mir unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken, spreche ich hiermit allen denen, die meinem Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, meinen innigen Dank aus. (5111)

Gut erhalt. Dam.-Wint.-Mantel, El. Fig., zu verkaufen. Angeb. m. H. gef. G 134 a. d. Exp. (5119)